

5. Datenbasis, Analysekonzept und Operationalisierungen

Die Gegenüberstellung von Globalstrukturen gibt nur unzureichend Auskunft darüber, wie sich Prozesse, Veränderungen und Verläufe innerhalb der Sozialstruktur tatsächlich vollziehen. Deshalb sind Lebensverlaufsuntersuchungen inzwischen zu einer zentralen Analysestrategie in der Sozialstrukturforschung geworden. Deren Grundlage bilden Längsschnittdaten, die alle zeitlich fixierbaren Ereignisse im bisherigen Lebensverlauf erfassen. Die Vorzüge der ereignisorientierten Datenstruktur gegenüber Querschnittsdaten liegen auf der Hand: In Querschnittserhebungen wird der Lebensverlauf einer Person nur durch einen Zustand – den zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung – repräsentiert. Demgegenüber werden beim ereignisorientierten Erhebungsdesign die Zustandsänderungen und ihre genauen Zeitpunkte erfasst, so dass die Lebensverläufe in ihren einzelnen Phasen und für jeden beliebigen Zeitpunkt detailliert rekonstruiert werden können. Mit der Erhebung und Untersuchung aller zeitlich fixierbaren Übergänge im bisherigen Lebensverlauf ist aber nicht nur die Entwicklungsdynamik innerhalb eines Lebensbereiches (wie dem Erwerbsverlauf), sondern auch dessen spezifische Konstellation zu Ereignissen in den anderen Lebensbereichen (wie dem Bildungs- oder Familienverlauf) sowie in der historischen Zeit erfassbar.

Die Lebensverlaufsdaten, die am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, im Forschungsbereich „Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Entwicklung“ unter der Leitung von Karl Ulrich Mayer erhoben wurden, ermöglichen es, verschiedene Geburtskohorten aus West- und Ostdeutschland in Bezug auf unterschiedliche lebensverlaufsrelevante Fragestellungen vergleichend zu analysieren. In der vorliegenden Arbeit werden personenbezogene Längsschnittdaten der 1960er und 1971er Geburtskohorte verwendet, die im Rahmen der Lebensverlaufsstudien „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“ (LV-DDR) und „Ostdeutsche Lebensverläufe im Transformationsprozess“ (LV-Ost) erhoben wurden. Im Anschluss an eine kurze Beschreibung dieser Datenbasis werden verschiedene Aspekte der Datenvalidität retrospektiver Lebensverlaufsuntersuchungen behandelt und deren Konsequenzen für die empirische Analyse diskutiert. Die Umsetzung des Forschungskonzepts in ein empirisches Analysedesign steht im Mittelpunkt des daran anschließenden Teils. In Auseinandersetzung mit der traditionellen Vorgehensweise bei der Analyse des Übergangs vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem entsteht ein empirisches Analysekonzept, das den Ansprüchen einer differenzierten Untersuchung interdependenter, dynamischer Prozesse beim Erwerbseinstieg gerecht wird. Zur Vorbereitung der vergleichenden Erwerbseinstiegsanalysen werden dann die wichtigsten Variablen, sofern sie neu gruppiert oder zusammengefasst wurden bzw. anderweitig erklärungsbedürftig sind, operationalisiert. Durch deskriptive Vergleiche zwischen den beiden Geburtskohorten werden bei dieser Darstellung und Begründung von Operationalisierungsentscheidungen bereits erste den Erwerbseinstieg betreffende Veränderungen während der ostdeutschen Transformation deutlich.

5.1. Die Lebensverlaufsstudie LV-DDR und LV-Ost des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Berlin

Die Daten der Teilstudien „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“ (LV-DDR) und „Ostdeutsche Lebensverläufe im Transformationsprozess“ (LV-Ost) ermöglichen die Untersuchung der Sozialstruktur der DDR-Gesellschaft in ihrer Entwicklung und deren Veränderungen während des ostdeutschen Transformationsprozesses. Die LV-DDR enthält Daten von insgesamt 2.330 DDR-Bürgern aus den Geburtsjahrgängen 1929-31, 1939-41, 1951-53 und 1959-61, die von September 1991 bis Oktober 1992 ausführlich zu ihrem bisherigen Lebensverlauf befragt wurden.¹¹⁷ Um die Auswirkungen der Transformation auf die individuellen Lebensverläufe verfolgen zu können, wurden dieselben Personen im Zeitraum von März 1996 bis Juni 1997 in einer zweiten Welle (LV-Ost) nochmals zu ihrem Lebensverlauf seit 1989 interviewt. An der Panelbefragung nahmen 1.394 Personen teil.¹¹⁸ Gleichzeitig wurde die Erhebung auf die 1971er Geburtskohorte ausgedehnt, indem diese von Mai 1996 bis Januar 1998 ebenfalls retrospektiv zu ihrem gesamten bisherigen Lebensverlauf befragt wurde.

Die Basis für diese Lebensverlaufserhebungen stellte ein Mastersample dar, das im Oktober 1990 aus dem zentralen DDR-Einwohnermelderegister gezogen worden war.¹¹⁹ Bei dem Mastersample handelt es sich um eine Personenstichprobe, bei der alle Personen der Grundgesamtheit des Einwohnermelderegisters eine gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit hatten.¹²⁰ Mit dem Rückgriff auf dieses Mastersample wurde sichergestellt, dass regional mobile Zielpersonen, insbesondere jene Personen, die nach 1990 nach Westdeutschland verzogen waren, bei der Ziehung noch berücksichtigt und durch eine Recherche der neuen Adresse auch am neuen Wohnort befragt werden konnten.

5.1.1. Die Datenbasis für die empirische Analyse

Insbesondere weil sich die institutionellen Rahmenbedingungen, mit denen diese beiden Geburtskohorten während ihrer ersten 18 Lebensjahre in der DDR konfrontiert waren, sehr

¹¹⁷ Die Ausschöpfungsquote (Verhältnis von bereinigter Stichprobe, d.h. Bruttostichprobe abzüglich zufälliger, nicht systematischer Ausfälle, zu durchgeführten Interviews) betrug 52,2 Prozent (Infas 1995: 19).

¹¹⁸ Hierbei betrug die Ausschöpfungsquote 73,4 Prozent (Infas 1998b: 17).

¹¹⁹ Im Einigungsvertrag war die Überführung dieser Datei in ein Zentrales Einwohnerregister der fünf neuen Bundesländer vorgesehen. Die kontinuierliche Pflege dieser Datei war bis zum 31.12.1992 festgeschrieben, da auf der Basis dieser Daten ein örtliches Melderegister nach dem Bundesrecht erfolgen sollte.

¹²⁰ Es basierte auf einer Gemeindestichprobe, die nach den damals vorhandenen 217 Stadt- und Landkreisen und 10 Gemeindegrößenklassen durch Anordnung geschichtet war. In den Großstädten wurden zusätzlich die Stadtbezirke zur Schichtung herangezogen, so dass sich insgesamt 267 Schichten ergaben. Für die Stichprobe der 1971er Geburtskohorte wurde die kleinste Ortsgrößenklasse um 30 Prozent aufgestockt und die Anzahl der Frauen leicht erhöht, um die Relation 50:50 zwischen den Geschlechtern zu erhalten (vgl. Infas 1998a: 8).

ähnelten (vgl. Kapitel 3), wurden in der vorliegenden Arbeit ausschließlich Daten der 1960er und der 1971er Geburtskohorte vergleichend analysiert. Die Bruttostichprobe für die 1960er Geburtskohorte betrug in der LV-DDR 1.236, von denen 575 Interviews realisiert werden konnten (Infas 1995: Übersicht 12). In der LV-Ost konnten von den 465 Befragten der 1960er Geburtskohorte (bereinigte Stichprobe) 365 erneut interviewt werden (Infas 1998b: 17).¹²¹ Trotz verstärkter Anstrengungen bei der Recherche der aktuellen Adressen konnten in der 1971er Geburtskohorte von den 1.816 zum Einsatz gekommenen Adressen (Bruttostichprobe) „nur“ 610 Personen für ein Interview gewonnen werden.¹²²

Für die Erhebung der Lebensverläufe wurde für beide Geburtskohorten ein fast identischer Fragebogen¹²³ verwendet: Er erfasste den gesamten Zeitraum von der Geburt der befragten Person bis zum Interviewzeitpunkt und war in mehrere, inhaltlich voneinander verschiedene Abschnitte unterteilt. Der einzelne Lebensablauf wurde dabei nicht in seiner chronologischen Abfolge, sondern thematisch geordnet – jedoch innerhalb eines jeden Teilabschnittes in zeitlicher Abfolge – erhoben (vgl. Anhang 3). Die Fragen bezogen sich auf die Themenbereiche: Herkunftsfamilie, Wohngeschichte, Ausbildungs- und Erwerbsverlauf, Partnergeschichte, Kinder sowie auf verschiedene Querschnittsfragen (vgl. Lichtwardt 2003). Die Lebensverläufe wurden retrospektiv im ereignisorientierten Erhebungsdesign erfasst. In der LV-DDR wurden Papierfragebögen in einem face-to-face-Interview ausgefüllt. Dagegen erfolgte in der LV-Ost eine computergestützte Datenerhebung, die z.T. telefonisch (Computer Assisted Telephone Interview = CATI) und z.T. in einem face-to-face-Interview (Computer Assisted Personal Interview = CAPI) stattfand.¹²⁴

5.1.2. Zur Validität des Erhebungsinstrumentes

Personenstichproben sollten repräsentativ für die jeweilige Grundgesamtheit sein. Da sich Repräsentativität jedoch auf die Übereinstimmung der multidimensionalen Verteilungen

¹²¹ Allerdings hat sich beim Match-Versuch der beiden Panelwellen herausgestellt, dass vor der eigentlichen empirischen Analyse – weil die Lebensverläufe in der 2. Panelwelle nochmals ab Dezember 1989 erhoben wurden, d.h. manche Angaben doppelt vorkamen, und das Spellkonzept verändert wurde – eine umfangreiche Datenangleichung notwendig war. Darüber hinaus wurden in der LV-DDR andere Vercodungsschemata für die beruflichen Tätigkeiten verwendet, so dass diese Angaben neu vercodet werden mussten.

¹²² Bei den empirischen Analysen wurden die Lebensverläufe einiger Befragter ausgeschlossen, weil über größere Zeiträume in ihren Bildungs- und Erwerbsverläufen nichts bekannt ist. In der 1960er Geburtskohorte betrifft dies 8 Fälle, so dass hier 567 Lebensverläufe analysiert wurden. In der 1971er Geburtskohorte war der Ausschluss von 1 Person aus der empirischen Analyse notwendig, so dass 609 Lebensverläufe in die Analyse einbezogen werden konnten.

¹²³ Es gab kleinere Abweichungen zwischen den Fragetexten der beiden Lebensverlaufsstudien und in Bezug darauf, ob es sich um geschlossene oder offene Fragen handelte. Um den Entscheidungen für die Verwendung einzelner Variablen eine tragfähige Basis zu geben, wurden alle in beiden Fragebögen verwendeten Variablen vor der eigentlichen Auswertung in einer Synopse gegenübergestellt.

¹²⁴ Nur wenn die Interviewpartner nicht telefonisch zu erreichen waren bzw. es erbaten, wurden CAPI-Interviews durchgeführt.

aller Merkmale bezieht, kann sie in der Regel empirisch nicht vollständig überprüft werden. Die Repräsentativität einer Studie wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung zumeist analysiert, indem die multivariaten Randverteilungen der Merkmale einer Stichprobe mit den Verteilungen aus der amtlichen Statistik verglichen werden (Rendtel/ Pötter 1993: 260).¹²⁵

Für die LV-DDR ist hinsichtlich der Verteilung auf die Bundesländer, das Geschlecht, die Kohorten, die Gemeindegrößenklassen sowie auf einige Kombinationen dieser Merkmale von einer Repräsentativität der Daten auszugehen (Infas 1995: 22). Zur Überprüfung der Repräsentativität der Panelstudie wurde am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, eine Studie durchgeführt, die im Vergleich zum Mikrozensus 1995 Unterschiede vor allem in Bezug auf den allgemeinbildenden Schulabschluss und die berufliche Stellung zeigt. Während die Abiturientenanteile in beiden Datensätzen gleich hoch waren, lag der Anteil der Schulabgänger mit Schulabschluss unter POS-10. Klasse-Niveau in der 1960er Geburtskohorte wesentlich niedriger als im Mikrozensus (LV-Ost: 1 Prozent, Mikrozensus: 7 Prozent). In Bezug auf die berufliche Stellung lag der Anteil der Arbeiter in der LV-Ost um 17 Prozent niedriger als im Mikrozensus (vgl. Wehner 2000). Da sich jedoch die vorliegende Arbeit auf die Erwerbseinstiegsprozesse konzentriert, werden die Angaben aus der Panelbefragung der 1960er Geburtskohorte nur am Rande in die empirischen Analysen einbezogen.

Mit einem größeren Problem hinsichtlich ihrer Repräsentativität schienen dagegen die Daten der 1971 in der DDR Geborenen behaftet zu sein, denn die Ziehung der Stichprobe (Oktober 1990) und der Zeitpunkt der Interviews (Mai 1996 bis Juni 1997) lagen relativ weit auseinander und die Ausschöpfungsquote betrug nur 48 Prozent (Infas 1998a: 17).¹²⁶ Ein Vergleich ausgewählter Randverteilungen der 1971er Lebensverlaufsstudie Ost mit ausgewählten Erhebungen des Mikrozensus ergab jedoch, dass entgegen diesen Erwartungen auch für die Daten der 1971er Geburtskohorte außer einem bereits mehrfach für Lebensverlaufsstudien belegten Bildungseffekt (vgl. z.B. Blossfeld 1987: 139) keine weiteren markanten Stichprobenverzerrungen festzustellen sind (Matthes/ Wehner 2002). Es gibt demnach wenig Anhaltspunkte für starke Differenzen zwischen den Stichprobenverzerrungen in den beiden in dieser Arbeit verwendeten Studien. Das insgesamt geringe Ausmaß der Verzerrungen in beiden Stichproben ist wohl hauptsächlich

¹²⁵ Diese Definition der Repräsentativität wird insbesondere deswegen kritisiert, weil auf der Basis der Verteilung sozialstruktureller Merkmale keine Erkenntnisse über den tatsächlichen Prozess der Nichtteilnahme gewonnen werden können (Schnell 1997: 199). Eine Alternative ist die Erhebung und Analyse von Nonresponse-Merkmalen. Allerdings „können die Ergebnisse von Stichprobenvergleichen als indirekte Analyse der Stichprobenausfälle interpretiert werden“ (Rendtel/ Pötter 1993: 278).

¹²⁶ Im Gegensatz zur Erhebung der Lebensverläufe der 1960er Geburtskohorte waren darüber hinaus die stichprobenneutralen Ausfälle (z.B. Adresse unbekannt, Wohnung unbewohnt, Zielperson unbekannt, Zielperson neue Adresse oder Zielperson verstorben) bei der Erhebung der Lebensverläufe der 1971er Geburtskohorte erheblich höher. Im ersten Fall betragen diese Art der Ausfälle nur 9,5 Prozent, im zweiten lagen sie bei 32,1 Prozent. Vor allem der Anteil der Zielpersonen, die die Teilnahme an der Studie verweigerten, war bei den 1971 Geborenen mit 41,5 Prozent sehr hoch.

auf die Stichprobenziehung, deren Basis eine durch Anordnung geschichteten Gemeindestichprobe war, zurückzuführen.

Retrospektivbefragungen haben vor allem den Vorteil, dass die für die Längsschnittanalyse problematische Linkszensierung sowie die Panelmortalität nicht auftreten. Da eine Retrospektivbefragung seitens der Befragten jedoch spezifische Fähigkeiten voraussetzt, ist die Qualität von retrospektiven Befragungen in der Umfrageforschung jedoch umstritten. In einer ausführlichen Literaturstudie hat Reimer (2001) die besonderen Anforderungen an die Befragten bei Lebensverlaufserhebungen herausgearbeitet. Die Befragten müssen vor allem in der Lage sein, ihre Vergangenheit chronologisch rekonstruieren zu können und das, was als ihr Lebensverlauf ganzheitlich erlebt (oder zumindest so interpretiert) wird, zeitlich und thematisch zu strukturieren. Verschiedene Befunde sprechen dafür, dass auch bei retrospektiven Lebensverlaufsangaben sowohl in Bezug auf das Erinnern als auch auf das Datieren ein positiver Zusammenhang zwischen der verstrichenen Zeit und dem Ausmaß von Erinnerungsverzerrungen vorliegt.¹²⁷ Zusammenfassend kommt Reimer zu dem Ergebnis, dass es „in starkem Maße von dem zu datierenden Ereignis und seiner Repräsentation und Verknüpfung innerhalb der autobiographischen Gedächtnisdatenbank ab[hängt], ob seine exakte Datierung besser bzw. zuverlässiger oder schlechter vorgenommen“ (ebd.: 69) wird.

Da die 1960 Geborenen bei der Erstbefragung etwa 32 Jahre und die 1971 Geborenen etwa 26 Jahre alt waren, ist allerdings von einer besonders guten Qualität der in der vorliegenden Arbeit verwendeten Daten auszugehen. Darüber hinaus sprechen weitere, auf das Erhebungs- und Editionsdesign zurückzuführende Argumente für eine hohe Reliabilität der im Rahmen der Lebensverlaufsstudien erhobenen retrospektiven Angaben. Erstens wurde in den Lebensverlaufsstudien von den Befragten nicht das punktuelle Erinnern weniger bestimmter Ereignisse oder deren zeitliche Einordnung gefordert, sondern die systematische und lückenlose Rekonstruktion thematisch unterscheidbarer Ereignissequenzen. Der Abruf von Informationen nach Themenbereichen und innerhalb derselben in chronologischer Abfolge kommt „den Eigenschaften der autobiographischen Gedächtnisdatenbank sowohl beim Erinnern als auch beim Datieren entgegen“ (ebd.:

¹²⁷ Dabei ist das Ausmaß des Nicht- oder Fehlerinnerns u.a. von den Ereignisseigenschaften abhängig (Reimer 2001: 44ff.), die jedoch keine absoluten Größen darstellen. Dasselbe Ereignis kann für verschiedene Befragte unterschiedlich folgenswer, einzigartig, emotional bedeutsam sein und auch bei dem Einzelnen situationspezifisch variieren (ebd.: 49). Die Datierung von Ereignissen wird von den Befragten in der Regel durch rekonstruktive Inferenzprozesse ermittelt (ebd.: 50 ff.), so dass – wenn das Ereignis nicht direkt mit einem Datum im Gedächtnis repräsentiert ist – deren Richtigkeit a) vom Vorhandensein temporaler Hinweisreize, die „unzweideutig und unwidersprüchlich Aufschluss über die Verortung einer Erinnerung innerhalb der zyklischen Zeitmuster geben“ (ebd.: 68), b) vom Vorhandensein angemessener temporaler Schemata, welche die temporalen Hinweisreize nutzbar machen können, c) vom Vorhandensein datierbarer Referenzereignisse und unzweideutiger Order Codes zu diesen datierten Referenzereignissen, d) von der korrekten Inferenz des Datums über ein anderes datierbares Ereignis und, wenn die Datierung nicht exakt rekonstruierbar ist, e) von Schätz- und Rundungsfehlern abhängig ist (ebd.: 68).

125).¹²⁸ Zweitens wurde durch das in der LV-Ost eingesetzte computergestützte persönliche oder telefonische Interview einer – angesichts der Komplexität des Erhebungsinstruments vor allem in Bezug auf die Filterführung und die notwendige Überwachung der Lückenlosigkeit – möglichen Überforderung der Interviewer entgegenwirkt. Drittens wurde durch Pretests nicht nur die inhaltliche und formale Anpassung des Erhebungsinstruments an die Erfordernisse der befragten Geburtskohorte überprüft, sondern damit erfolgte eine erneute eingehende Qualitätskontrolle im Hinblick auf Lückenlosigkeit, Genauigkeit, Plausibilität und synchrone Konsistenz bei der Datenerhebung. Viertens schloss sich an die Datenerhebung eine umfassende Datenedition an, bei der die Ereignissequenzen wiederum in Bezug auf Lückenlosigkeit, Genauigkeit, Plausibilität und synchrone Konsistenz überprüft und mangelhafte Angaben innerhalb oder zwischen den einzelnen Lebensbereichen aufgrund informativer Angaben aus anderen Teilen rekonstruiert oder durch eine Nachbefragung ergänzt bzw. korrigiert wurden (vgl. Lichtwardt/ Matthes 2003).¹²⁹ Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass die in dieser Arbeit verwendeten Daten die Lebensverläufe der Befragten äußerst konsistent und umfassend abbilden.

5.2. Die analytische Forschungskonzeption

Trotz der zunehmenden Verfügbarkeit von Lebensverlaufsdaten ist es für viele Bereiche der sozialwissenschaftlichen Forschung kennzeichnend, dass ein erreichter Status den zentralen Analysegegenstand darstellt und nicht die zugrundeliegenden Prozesse, die zum Erreichen dieses Status geführt haben. Das gilt auch für den überwiegenden Teil der Untersuchungen zum Erwerbseinstieg (z.B. Stegmann/ Holzbauer 1978, Herget/ Schöngen/ Westhoff 1987, Hofbauer/ Nagel 1987, Stegmann/ Kraft 1987, Behringer/ Gaulke 1988, Saterdag/ Stegmann 1988, Palamidis/ Schwarze 1989, Meulemann 1990, Büchtemann/ Schupp/ Soloff 1993, Schober 1993, Müller/ Steinmann/ Ell 1995, Schömann/ Blossfeld/ Hannan 1995, Westhoff 1995, Franz u.a. 1997, Schober 1997, Shavit/ Müller 1998, Klotz/ Pohlmeier/ Inkmann 2000, Parmentier 2001). Aufbauend auf einer ausführlichen Kritik dieser traditionellen Analysestrategie bei der Untersuchung von Erwerbseinstiegsprozessen wird im folgenden Kapitel eine neue empirische Vorgehensweise entwickelt, die sowohl der Mehrstufigkeit als auch der zeitlichen Ausdehnung des Erwerbseinstiegsprozesses gerecht wird.

¹²⁸ Durch Rekonstruktion lebensbereichsspezifischer chronologischer Ereignissequenzen entsteht „eine hinreichend erinnerungsförderliche individuelle Zeitlinie von untereinander durch Order Codes verbundenen Ereignissen“ (Reimer 2001: 127). Weil das gelebte Leben beim Interview mehrfach durchlaufen und zu vielen Ereignissen eine Menge detaillierter Informationen erfragt wurden, „werden bei dem Erinnernden zahlreiche Ereigniskontexte aktiviert und temporär zugänglich gemacht“ (ebd.: 128).

¹²⁹ Ziel der Datenedition war dabei eine interne Validierung im Sinne der Herstellung lückenloser und in sich stimmiger Verlaufsdaten.

5.2.1. *Die traditionelle Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses*

Die traditionelle empirische Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses konzentriert sich häufig auf die Untersuchung der Bedingungen für die Bewältigung jeweils einer ausgewählten Selektions- und Entscheidungsstufe beim Erwerbseinstiegsprozess. Für die theoretische Begründung der Auswahl der einzelnen Selektions- und Entscheidungsstufen wird in der Regel das Schwellenmodell herangezogen.¹³⁰ Diesem Modell zufolge ergeben sich beim Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem drei wesentliche lebenszeitspezifische Risikobereiche: (a) an der „ersten Schwelle“: beim Übergang vom allgemeinbildenden Schulsystem in eine berufliche Ausbildung; (b) an der „zweiten Schwelle“: beim Übergang von der Berufsausbildung in die erste Berufstätigkeit und (c) innerhalb der ersten Berufsjahre. In den verschiedensten empirischen Analysen, die sich, ob quantitativ oder qualitativ, mit dem Einstieg von Jugendlichen in das Beschäftigungssystem befassen, werden die „erste“ und die „zweite Schwelle“ als klare Markierungspunkte einer Erwerbskarriere betrachtet (vgl. Kaiser/ Nuthmann/ Stegmann 1985). Die zwischen den beiden Schwellen liegende Berufsausbildung gilt als qualifikatorische Grundlage und formale Voraussetzung für eine längerfristige Erwerbstätigkeit im berufsfachlich organisierten Arbeitsmarkt. In diesem Sinne erweisen sich die „Schwellen“ beim Einstieg ins Erwerbsleben als mehrstufiger Selektionsprozess, in dem durch das Ausbildungszertifikat die formale Berechtigung für die Ausübung des erlernten Berufes erworben wird. Die beiden Schwellen stehen also in einem engen Zusammenhang miteinander, weil die Selektion beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung erstens festlegt, welchen Jugendlichen überhaupt die „zweite Schwelle“ zu erreichen ermöglicht wird und welche Jugendlichen ausbildungslos bleiben. Zweitens wird durch die Selektion an der „ersten Schwelle“ die Gruppe der Ausbildungsabsolventen strukturiert, indem sie die Jugendlichen mit äußerst unterschiedlichen Erwerbschancen (sowohl Übernahmechancen durch den Ausbildungsbetrieb als auch Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb des Ausbildungsbetriebes) ausstattet.

Die Konzeption des Schwellenmodells war zunächst darauf ausgerichtet, die globalen Ab- und Zuströme aus der Schule in eine berufliche Ausbildung und von der beruflichen Ausbildung in eine Erwerbstätigkeit und die mit diesen Übergängen verbundenen

¹³⁰ Bis Anfang der achtziger Jahre wurde Arbeitslosigkeit am Beginn des Erwerbslebens in der offiziellen Arbeitsmarktstatistik durch die gesonderte Ausweisung der Anzahl der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen über 14 und unter 20 Jahren dargestellt. In Anbetracht der Schwierigkeiten beim Übergang von der Ausbildung in eine Beschäftigung dehnte man die Betrachtung zunächst auf die Erwerbspersonen bis 25 Jahre aus. Basierend auf der Erkenntnis, dass die Abgrenzung der Arbeitslosigkeitsrisiken beim Erwerbseinstieg nach Altersklassen „den individuellen Verlaufsmustern nicht gerecht“ (Stoß 1982: 35) werden kann, weil die altersmäßige Definition einerseits nicht umfassend genug ist, um jegliche Arbeitslosigkeit beim Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem abzudecken, und andererseits möglicherweise bereits in das Beschäftigungssystem Integrierte in die Analyse des Erwerbszugangs einbezog, wurde das Schwellenmodell Anfang der 80er Jahre von Arbeitsmarktforschern des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung entwickelt.

Arbeitslosigkeitsrisiken abzubilden. Im Wesentlichen werden hierbei Abstromgrößen aus der Schule oder aus der beruflichen Ausbildung in verschiedene „Endzustände“ (wie Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit etc.) festgestellt (vgl. z.B. Stegmann/ Holzbauer 1978, Saterdag/ Stegmann 1980, Herget/ Schöngen/ Westhoff 1987, Stegmann/ Kraft 1987, Saterdag/ Stegmann 1988, Tessaring 1993). Bei dem Versuch, auch die Mobilität der Jugendlichen darzustellen, wird die Analyse auf Mobilitätstabellen begrenzt, die einen Vergleich verschiedener Aspekte zweier Querschnittssituationen veranschaulichen (Hofbauer 1983: 230ff., Cramer 1981: 151ff.).

Sehr schnell und ohne theoretisch-konzeptionelle Erweiterungen wurde das Schwellenmodell jedoch auf die Beschreibung der individuellen Risiken beim Übergang von der Schule in den Beruf übertragen (vgl. Kaiser/ Nuthmann/ Stegmann 1985, Schober 1985, Stooß 1982). Die analytische Trennung der Problembereiche beim Erwerbseinstieg ließ Untersuchungen entstehen, die zwar in der Lage sind, bestimmte Problemgruppen an der einen oder anderen Schwelle zu identifizieren, die allerdings auch wesentliche Nachteile in sich bergen: *Erstens* ist das Schwellenmodell auf die Analyse der beruflichen Ausbildung im dualen System zugeschnitten. Die „erste Schwelle“ ist in entwickelten Industriegesellschaften vor allem deshalb relativ leicht zu identifizieren, weil der Zeitpunkt des Positionswechsels („erste Schwelle überwunden“) durch den Abgang von der allgemeinbildenden Schule einigermaßen klar vorgegeben ist. Es ist vor allem fraglich, ob sie für Abiturienten aufgrund der nicht begrenzten Zugangsmöglichkeiten zu einem Hochschulstudium in der gleichen Art und Weise wie für Schulabgänger mit niedrigerem Schulabschluss existiert. *Zweitens* hat der Zeitpunkt des Positionswechsels „zweite Schwelle überwunden“ keinen eindeutigen zeitlichen Bezugspunkt. Bedeutet, wenn z.B. im Anschluss an eine erste Ausbildung Wehrdienst geleistet oder Erziehungsurlaub in Anspruch genommen wurde, dass die „zweite Schwelle“ nicht überwunden werden konnte? Die Konzeption der Schwellen – in besonderen Maße aber der zweiten – vernachlässigt die dem Integrationsprozess in das Erwerbsleben innewohnende Dynamik sowohl inhaltlicher als auch zeitlicher Art.

Das Schwellenmodell kann sicherlich für eine bestimmte historische und gesellschaftliche Epoche weitgehend Gültigkeit beanspruchen (vor allem in der Bundesrepublik), aber angesichts einer nicht nur während des ostdeutschen Transformationsprozesses zunehmenden Entkoppelung von Bildungs- und Beschäftigungssystem schwindet der Anteil der damit erfassbaren Erwerbseinstiege. Wird – wie beim Schwellenmodell – ein zu analysierendes Erwerbseinstiegs muster festgelegt, sind die Analysen auf den Personenkreis eingeschränkt, die diesem vorgegebenen Muster folgen. Abweichende Übergangsmuster geraten so gar nicht erst in den Blick. Darüber hinaus müssen, um die Frage nach den jeweiligen Bedingungen an den einzelnen Selektions- und Entscheidungsstufen beantworten zu können, die Selektions- und Entscheidungsbedingungen – und nicht nur

deren Ergebnisse – an den davor liegenden Stufen in die Analyse einbezogen werden.¹³¹ Hat in einem „Zwei-Schwellen-System“, wer unter schwierigen Arbeitsmarktbedingungen eine Lehrstelle bekommen hat, die schwierigste Hürde für einen erfolgreichen Arbeitsmarkteinstieg schon genommen (Dietrich/ Spatz 2000: 72f., Hillmert 2001: 11f.)? An welchen Selektions- und Entscheidungsstufen finden die entscheidenden Zuweisungen zu bestimmten sozialen Positionen statt? Aus den genannten Gründen muss das Schwellenmodell sowohl in Bezug auf die Mehrstufigkeit als auch im Hinblick auf die zeitliche Struktur erweitert werden.

Obwohl der soziale Wandel in soziologischen Untersuchungen eine gewichtige Rolle spielt, ist die Annahme einer relativen Stabilität der institutionellen Rahmenbedingungen der nahezu allen empirischen Untersuchungen des Erwerbseinstiegs zugrundeliegende Ausgangspunkt. Dagegen liefern vor allem die Debatten über Individualisierungs-, Deinstitutionalisierungs- und Destandardisierungsprozesse der Lebensverläufe (vgl. vor allem Kohli 1985, Beck 1986, Buchmann 1989, Mayer/ Müller 1989, Wohlrab-Sahr 1992) entscheidende Impulse für die Integration sozialer Wandlungstendenzen bei der Analyse der Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses.

Empirisch werden seit den 70er Jahren für die Bundesrepublik Deutschland zunehmend prekärere Übergänge in die Berufsausbildung und aus ihr heraus festgestellt (z.B. Apel 1984, Heinz/ Krüger 1985, Brock 1991, Evans/ Heinz 1994, Raab u.a. 1996).¹³² Diese Befunde zunehmender Destandardisierung beim Erwerbseinstiegsprozess, d.h. einer massiven ‚Erosion‘ des vormals – zumindest theoretisch – etablierten Übergangsregimes, basieren jedoch häufig nur auf der Analyse jeweils aktueller Erwerbseinstiege und nicht auf einer längerfristigen Vergleichsperspektive. Selbst wenn die längerfristigen Veränderungen verschiedener Aspekte des Erwerbseinstiegs analysiert werden, stehen eher die veränderten Bedingungen für das Erreichen einer bestimmten sozialen Position (z.B. Höhe des erreichten Ausbildungsabschlusses, vgl. Blossfeld 1989: 74; Höhe des Einkommens in der ersten Erwerbstätigkeit, vgl. Blossfeld 1985: 140, oder Prestige der beruflichen Erstplatzierung, vgl. Müller/ Steimann/ Ell 1995: 19) im Mittelpunkt der Analysen. Diese Analysen der Veränderung von Zugangschancen sind zwar für die Beschreibung von

¹³¹ Es reicht demnach für eine Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses nicht aus, die Übergangsmuster nach Beendigung der Ausbildung unter Ausblendung der Selektionsbedingungen beim Zugang zu beruflicher Bildung (wie z.B. Mowitz-Lambert 2001) zu untersuchen.

¹³² Unter erschwerten Arbeitsmarktbedingungen ist der Erwerbseinstieg generell „unsicherer im Hinblick auf den Zeitpunkt und die Kriterien des Eintritts, in ihrer Dauer und hinsichtlich der Möglichkeiten einer erfolgreichen Beendigung“ (Heinz 1988: 10f.) geworden. Parallel dazu hat sich bei den Abiturienten eine zunehmende Tendenz des Erwerbs von Doppelqualifikationen etabliert, die als Ausdruck einer Optimierungslogik beruflicher Startchancen interpretiert werden kann (Büchel/ Helberger 1995: 33). Dieses veränderte Ausbildungsverhalten studienberechtigter Schulabgänger verschärft zusätzlich den „Verdrängungswettbewerb innerhalb des dualen Systems“ (Greinert 1995: 137), so dass „auf der einen Seite zunehmender Fachkräftemangel, auf der anderen Seite ein Heer von Nicht-Integrierten bzw. nicht Integrierbaren“ (Greinert 1995: 138) entsteht.

Destandardisierungstendenzen beim Erwerbseinstieg zentral, sie vernachlässigen jedoch vor allem die Veränderungen der lebenszeitlichen Strukturierung des Erwerbseinstiegs oder der Abfolge von Ereignissen beim Erwerbseinstieg (vgl. Buchmann/ Sacchi 1995a: 413ff.).¹³³

Mit einer stärker auf lebensverlaufsspezifische Aspekte konzentrierten Untersuchung ist es möglich, zeitliche Verschiebungen beim Erwerbseinstieg sowie die Veränderung der Bedeutung bestimmter Ereignisse (z.B. des ersten Berufs) für den weiteren Lebensverlauf zu analysieren. Neben Blossfeld, der bei der Analyse von Ausbildungs- und Berufseinstiegsprozessen verschiedener westdeutscher Geburtskohorten ansatzweise lebensverlaufsbezogene Aspekte berücksichtigt hat (vgl. Blossfeld 1988, Blossfeld 1989),¹³⁴ spürt Konietzka in seiner Studie den sozialen Veränderungen sowohl in Bezug auf institutionelle Gegebenheiten als auch deren Niederschlag in den Ausbildungsverläufen und in der Berufsintegration verschiedener westdeutscher Geburtskohorten nach (Konietzka 1999). Von besonderer Bedeutung für die vorliegende Arbeit ist dabei das Ergebnis, dass der Erwerbseinstieg in den jüngeren Geburtskohorten insgesamt instabiler wurde,¹³⁵ so dass er „zumindest für eine wachsende Minderheit den Charakter eines länger andauernden *Übergangsprozesses* angenommen [hat]. (...) Eine Konsequenz dieses Resultats ist, dass es uneindeutiger und damit auch stärker problematisierbar wird, wie der ‚Berufseinstieg‘ bzw. die ‚zweite Schwelle‘ zu *definieren* ist, sofern mit diesen Konzepten mehr als die Vorstellung einer substantiell letztlich beliebigen, mehr oder weniger folgenlosen *Momentaufnahme* im Prozess der Arbeitsmarktintegration gemeint sein soll“ (ebd.: 197, Hervorhebungen im Original). Die Komplexität der Prozesse beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben ist demnach mit Hilfe einer Konzeption von zwei weitgehend miteinander unverbundenen Schwellen nicht darstellbar. Auch angesichts einer zunehmenden Tendenz der Individualisierung biographischer Handlungsstrukturen¹³⁶ lässt

¹³³ Die Gründe für eine solche Beschränkung liegen allerdings häufig auch in der Nichtverfügbarkeit von Lebensverlaufsdaten, so dass sich zeitliche Muster nicht abbilden lassen.

¹³⁴ Blossfeld stellte dabei fest, dass es „aufgrund der institutionellen Gliederungen des deutschen Bildungswesens im Laufe der Bildungskarriere ‚sensible‘ und ‚weniger sensible‘ Phasen gibt, in denen verschiedene Geburtskohorten von historisch jeweils aktuellen Einflüssen unterschiedlich betroffen werden“ (Blossfeld 1988: 46).

¹³⁵ Einige zentrale Befunde sind, dass in Westdeutschland zwischen dem Ende der Schule und dem Beginn der ersten Erwerbstätigkeit häufig mehr als eine Ausbildungsperiode lag; dass der Übergang ins Beschäftigungssystem nicht notwendigerweise mit dem Beginn einer mindestens 6-monatigen Erwerbstätigkeit beendet war; dass die Bedeutung schulischer Formen der Berufsausbildung – insbesondere für Frauen – zunahm, dass diese schulischen Ausbildungen nur selten zu einem direkten Übergang in ein Erwerbsverhältnis führten und dass Ausbildungsabbrecher bzw. Personen, die eine Ausbildung ohne Abschluss beendeten, zunehmend besser von Institutionen des Berufsausbildungssystems aufgefangen wurden, so „dass die unmittelbaren Erscheinungsformen prekären Übergangs an der ersten Schwelle weniger in einer massiven *Jugendarbeitslosigkeit* als vielmehr in unterschiedlichen Varianten der ‚*Verwahrung*‘ im Bildungs- und Ausbildungssystem“ (Konietzka 1999: 195, Hervorhebungen im Original) bestanden.

¹³⁶ Brose/ Hildebrand gehen „von einer abnehmenden Orientierungsverbindlichkeit und Tragfähigkeit von Identitäts- und entsprechenden Lebensentwürfen“ (Brose/ Hildebrand 1988: 17) aus. Zwar stellt Kohli eine zunehmende Institutionalisierung des Lebenslaufs fest, aber auch aus seiner Sicht mehren sich seit Ende der sechziger Jahre die Anzeichen für eine forcierte De-Institutionalisierung und für eine Individualisierung der biographischen Handlungsstruktur (Kohli 1985: 22ff.).

sich der Erwerbseinstiegsprozess nicht auf die im traditionellen Modell entworfenen Schwellen reduzieren.

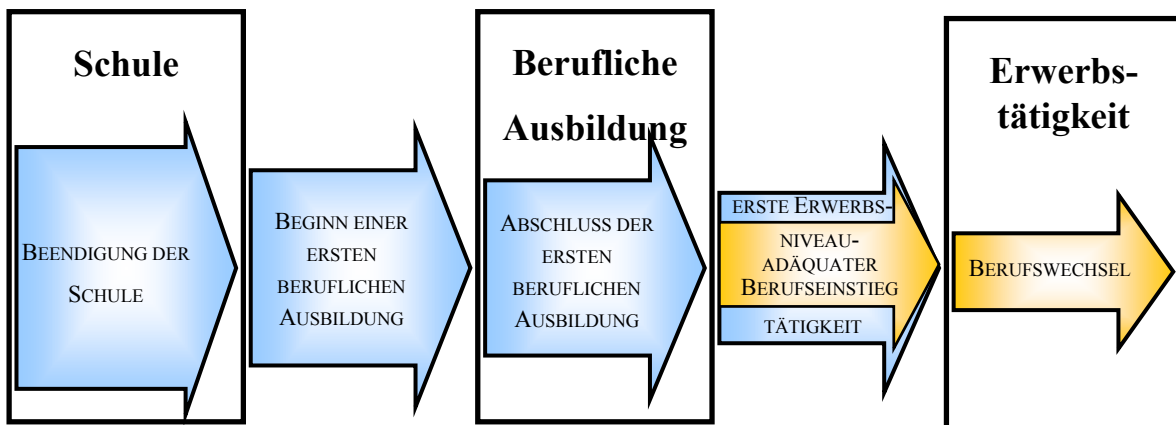
Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass das in dieser Arbeit zu entwickelnde empirische Analysekonzept *erstens* die analytische Verbindung der einzelnen Selektions- und Entscheidungsstufen beim mehrstufigen Erwerbseinstiegsprozess zu gewährleisten hat. Es reicht nicht aus, die Entscheidungs- und Selektionsbedingungen an den einzelnen Stufen des Erwerbseinstiegsprozesses zu analysieren. Erst eine die verschiedenen Selektions- und Entscheidungsstufen miteinander verbindende Herangehensweise ermöglicht z.B. Aussagen darüber, welche Bedeutung ein bestimmter Schulabschluss für die Beschäftigung im ausgebildeten Beruf unter Kontrolle der Bedeutung dieses Schulabschlusses für den Zugang zu der – für die berufsadäquate Erwerbstätigkeit notwendigen – beruflichen Ausbildung hat. Aus dieser Gewinner-Verlierer-Perspektive müssen jedoch bei jedem Analyseschritt diejenigen aus der Betrachtung ausgeschlossen werden, denen es nicht gelungen ist, die jeweils vorangegangene Selektions- und Entscheidungsstufe zu bewältigen. Wenn der Anteil der Personen, die einem bestimmten Erwerbseinstiegsmuster folgen, sehr hoch ist und der Standardisierungsgrad zwischen den Vergleichssituationen gleich bleibt, reicht diese Modellierung für die Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses aus. Sie ist jedoch bei geringer Standardisierung bzw. bei zunehmender Destandardisierung des Erwerbseinstiegs nicht ausreichend, weil dabei gerade der Erwerbseinstiegsprozess jener Personen aus dem Blickfeld gerät, denen es trotz Abweichung vom mehrheitlich verfolgten Erwerbseinstiegsmuster gelingt, zu einer relativ stabilen beruflichen Position zu gelangen. Es ist demnach vor allem bei Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses durch weitgehende gesellschaftliche Umstrukturierungen *zweitens* danach zu fragen, welchen Personen es, unter welchen Bedingungen früher, später oder überhaupt nicht gelingt, ein bestimmtes Erwerbseinstiegsereignis zu bewältigen. Damit entsteht ein verweildauerspezifischer Entwurf des Erwerbseinstiegsprozesses, mit dem z.B. die Frage beantwortet werden kann, ob und welche berufliche Ausbildung die Wahrscheinlichkeit erhöht oder verringert, eine erste Erwerbstätigkeit aufzunehmen. *Drittens* hat das Analysekonzept auch die Betrachtung des Erwerbseinstiegsprozesses in seiner zeitlichen Gesamtheit zu ermöglichen. Durch eine vergleichende Analyse der Erwerbseinstiegsmuster verschiedener Geburtskohorten können nicht nur den Auswirkungen gesellschaftlicher Veränderungen für die Abfolge von Erwerbseinstiegsereignissen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, sondern darüber hinaus auch Aussagen über die historisch und gesellschaftlich spezifischen Bedingungen des Zustandekommens verschiedener Erwerbseinstiegsmuster getroffen werden. Mit dieser Analyse ist die Identifikation besonders benachteiligter Personengruppen beim Erwerbseinstieg möglich.

5.2.2. Analysestrategie für die empirische Untersuchung von Erwerbseinstiegsprozessen während radikaler gesellschaftlicher Veränderungen

Die im letzten Kapitel herausgearbeiteten Anforderungen an die zu entwickelnde empirische Analysestrategie lassen sich nur durch die Kombination unterschiedlicher deskriptiv vergleichender sowie interindividuelle Differenzen multivariat analysierender Untersuchungsmethoden erfüllen. Für die empirische Analyse der Veränderungen der maßgeblichen Selektions- und Entscheidungsbedingungen beim mehrstufigen Erwerbseinstiegsprozess während der ostdeutschen Transformation können – unter besonderer Beachtung des in Kapitel 3 beschriebenen Wandels des Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem in Ostdeutschland – einige wenige Erwerbseinstiegsereignisse ausgewählt werden: In der DDR bestand allgemeine Schulpflicht, so dass in dieser Arbeit die Einschulung als Ausgangszustand festgelegt wird. Da auch die 1971 geborenen Nicht-Abiturienten noch zu DDR-Zeiten ihre schulische Ausbildung beendeten und das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR eng verkoppelt war, ist zu erwarten, dass sich bei ihnen an die Beendigung der Schule in der Regel der Beginn einer ersten beruflichen Ausbildung anschloss. Die 1971 geborenen Abiturienten beendeten ihre Schulausbildung häufig erst nach 1989, so dass für sie bereits beim Übergang in eine erste berufliche Ausbildung Veränderungen möglich sind. Allerdings ist aufgrund der unbegrenzten Hochschulzugangsmöglichkeiten nach 1989 davon auszugehen, dass fast alle Abiturienten der 1971er Geburtskohorte nach Beendigung der Schule ein Hochschulstudium aufnahmen. In der DDR beendeten die meisten Jugendlichen ihre Erstausbildung auch mit einem beruflichen Ausbildungsabschluss. Zu fragen ist, welche Auswirkungen der Wandel der Berufsausbildungslandschaft sowie der veränderten Arbeitsmarktallokationskriterien auf den Abschluss der noch unter DDR-Bedingungen begonnenen Berufsausbildungen in der 1971er Geburtskohorte hatte. In der DDR folgte aufgrund der engen Verkopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem in der Regel nach Abschluss der ersten beruflichen Ausbildung eine erste Erwerbstätigkeit. Dabei entsprach diese erste Erwerbstätigkeit meistens dem Ausbildungsniveau und -beruf. Die tiefgreifenden Veränderungen des Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem sollten sich demnach nicht nur auf die Wahrscheinlichkeit der Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit sondern insbesondere auf die Wahrscheinlichkeit eines niveauadäquaten Berufseinstiegs auswirken. Wie sich insbesondere aus den theoretischen Überlegungen der vorliegenden Arbeit ergeben hat, kann der Erwerbseinstiegsprozess mit der Aufnahme einer ersten (niveau- und berufsadäquaten) Erwerbstätigkeit jedoch noch nicht als abgeschlossen gelten. Da die Festlegung kritischer Erwerbstätigkeitsdauern immer in einem gewissen Maß beliebig ist (vgl. Kapitel 2.4.4.), wird in der vorliegenden Arbeit – ausgehend von der theoretischen Überlegung, dass der Erwerbseinstiegsprozess durch eine gewisse Kontinuität gekennzeichnet sein muss, um als erfolgreich angesehen werden zu können – zusätzlich die Wahrscheinlichkeit eines Berufswechsels nach niveauadäquatem Berufseinstieg

analysiert.¹³⁷ Aus diesen Festlegungen ergibt sich das in Abbildung 6 dargestellte empirische Analysemodell für den Erwerbseinstiegsprozess in der DDR und während der ostdeutschen Transformation. Dabei verdeutlicht die abnehmende Breite der Pfeile die sich bei jeder Selektions- bzw. Entscheidungsstufe verringernde Anzahl der in die Analyse einbezogenen Personen (vgl. Abb. 6).

Abb. 6: Die Mehrstufigkeit des mehrheitlich realisierten Selektions- und Entscheidungsprozesses beim Erwerbseinstieg



Auf der Basis dieses Modells kann der Erwerbseinstiegsprozess in einzelne Selektions- und Entscheidungsstufen zerlegt werden, um in einem ersten Schritt durch deskriptive Querschnittsvergleiche die Veränderungen fördernder bzw. hindernder Selektions- und Entscheidungsbedingungen beim Erwerbseinstiegsprozess in der DDR und während der ostdeutschen Transformation herauszuarbeiten. Soll jedoch die Frage nach den ausschlaggebenden Selektions- und Entscheidungsstufen für die Bewältigung des Erwerbseinstiegsprozesses beantwortet werden, ist der Einsatz eines statistischen Modells notwendig, das die Verknüpfung der einzelnen Erwerbseinstiegsereignisse ermöglicht.

In der Regel werden bei der multivariaten Analyse des Erwerbseinstiegs nur die relativen Übergangschancen für ausgewählte soziale Gruppen dargestellt (z.B. Hofbauer/ Nagel

¹³⁷ Selbstverständlich könnte man eine Reihe anderer Kontinuitätskriterien festlegen, da Mobilitätsprozesse im Erwerbsverlauf nicht auf Berufswechsel zu reduzieren sind, sondern sich insbesondere auch in Betriebswechseln und dem Wechsel der beruflichen Positionierung widerspiegeln. Jedoch ist in beiden Geburtskohorten von unterschiedlichen betrieblichen Entlassungs- und Rekrutierungsmustern bzw. Positionszuweisungskriterien auszugehen, während die Beruflichkeit des Beschäftigungssystems scheinbar auch während der ostdeutschen Transformation relativ stabil blieb (vgl. Kapitel 3). Allerdings wird bei dieser Analysekonzeption die Beruflichkeit des Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem betont. Berufliche Wechsel repräsentieren dabei jedoch nicht nur Beschäftigungsunsicherheiten, sondern stehen auch für – mehr oder weniger – freiwillige Wechsel zwischen verschiedenen beruflichen Tätigkeiten, d.h. Berufswechsel als Teil einer Berufskarriere.

1987, Stegmann/ Kraft 1987, Schober 1993). Neben der Berechnung von Gruppenunterschieden gibt es jedoch auch einige empirische Untersuchungen, die den Erwerbseinstieg mit Hilfe von Binomialen Regressionsmodellen analysieren (z.B. Palamidis/ Schwarze 1989, Zimmermann 2000). Dabei werden jedoch in der Regel die maßgeblichen Einflussfaktoren an jeweils nur einer Selektions- und Entscheidungsstufe beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben untersucht. Demgegenüber ist mit Hilfe von Multivariaten Probit-Modellen (vgl. Brüderl 2000: 628ff., Greene 2000: 849ff.) – durch die Zulassung von Korrelationen der Fehlerterme der einzelnen Probit-Regressionen – die Verknüpfung der einzelnen Selektions- und Entscheidungsstufen beim Erwerbseinstiegsprozess möglich. Die allgemeine Grundgleichung für Multivariate Probit-Modelle lautet:

$$y_{im}^* = \beta_m' x_{im} + \varepsilon_{im}, m = 1, \dots, M, y_{im} = 1 \text{ wenn } y_{im}^* > 0, \text{ sonst } y_{im}^* = 0.^{138}$$

Im Idealfall beinhaltet die Multivariate Probit-Regression sämtliche Selektions- und Entscheidungsstufen beim Erwerbseinstiegsprozess als abhängige binäre Variablen (y_{im}^*), z.B. die Neigung, eine berufliche Ausbildung zu beginnen, die begonnene berufliche Ausbildung zu beenden, nach dem Abschluss der beruflichen Ausbildung eine erste Erwerbstätigkeit (niveauadäquat im erlernten Beruf) aufzunehmen sowie nach dem niveauadäquaten Berufseinstieg den Beruf zu wechseln. Das Multivariate Probit-Modell beschreibt einen linearen Zusammenhang zwischen diesen abhängigen Variablen und den Kovariablen (x_{im}). Dabei können die Regressionskoeffizienten (β_m) als Effekte auf die abhängige Variable interpretiert werden.¹³⁹ Durch die im Multivariaten Probit-Modell zugelassene Korrelation der Fehlerterme (ε_{im}), d.h. der Differenz zwischen dem laut Modell zu erwartenden und dem beobachteten Wert, gelingt es, einen unverzerrten Schätzer für die jeweils folgende Selektions- und Entscheidungsstufe beim Erwerbseinstiegsprozess zu erhalten.

Angesichts der zu erwartenden Destandardisierungstendenzen beim Erwerbseinstieg im Zuge der ostdeutschen Transformation ist nicht davon auszugehen, dass der Anteil der von diesem mehrheitlich realisierten Erwerbseinstiegsmuster Abweichenden in beiden Geburtskohorten unverändert hoch und in der 1971er Geburtskohorte vernachlässigbar klein ist. Diese Modellierung muss demnach mit einem weiteren empirischen Analysemodell kombiniert werden, das in der Lage ist, die zeitliche Struktur des Erwerbseinstiegsprozesses zu analysieren.

Mit Hilfe von Verweildaueranalysen können – unabhängig vom jeweiligen Erwerbseinstiegsmuster – die ausschlaggebenden Bedingungen für unterschiedliche

¹³⁸ Dabei sind $\varepsilon_{im}, m = 1, \dots, M$ multivariat normalverteilt mit dem Vector 0 und einer Kovarianzmatrix R mit diagonalen Elementen gleich (1.0).

¹³⁹ Da diese Koeffizienten jedoch weder Einheits- noch Marginaleffekte sind, müssen sie erst transformiert werden, um eine zulässige Interpretation zu ermöglichen.

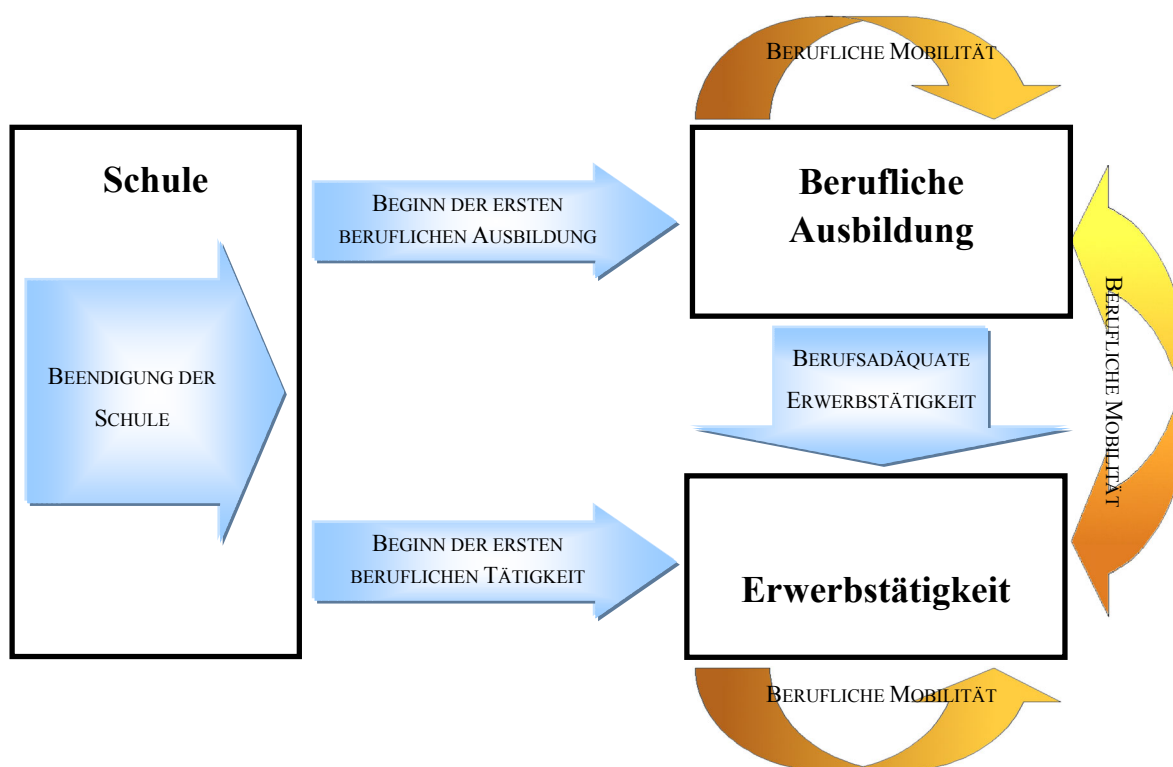
Zeitdauern bis zum Eintritt eines bestimmten Erwerbseinstiegsereignisses (z.B. bis zur Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit) herausgearbeitet werden. Die verweildauerspezifische Konzeption des Erwerbseinstiegsprozesses ermöglicht Aussagen darüber, welche Bedingungen für die Verlängerung der Verweildauer in bzw. der Übergangsdauer zwischen den einzelnen Zuständen ausschlaggebend sind.

Bei der verweildauerspezifischen Analyse ist es unvermeidbar, Überlegungen über die Zeitpunkte anzustellen, ab dem für eine Person das Eintreten des jeweils zu untersuchenden Erwerbseinstiegsereignisses wahrscheinlich ist.¹⁴⁰ Häufig wird die Beendigung der beruflichen Ausbildung als Zeitpunkt, ab dem eine Person dem Risiko der Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit ausgesetzt ist, festgelegt. Gegen diese Festlegung spricht vor allem, dass nicht alle Jugendlichen nach Beendigung der Schule eine berufliche Ausbildung aufnehmen, sie aber dennoch eine erste Erwerbstätigkeit beginnen können. Vor dem Hintergrund dieser Diskussion entsteht eine verweildauerbezogene Betrachtung des Erwerbseinstiegsprozesses, bei der eine Person bereits nach Beendigung der Schule sowohl dem Risiko der Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit als auch dem einer ersten Ausbildung ausgesetzt ist. Für die Analyse beruflicher Mobilitätsprozesse gilt üblicherweise die Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit als Startzeitpunkt und in der Regel werden auch nur jene beruflichen Wechsel als berufliche Mobilität definiert, die sich in der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in einem anderen als dem zuerst ausgeübten Beruf äußern. Berufliche Mobilität kann jedoch auch schon nach dem Beginn einer ersten beruflichen Ausbildung (durch Aufnahme einer anderen beruflichen Ausbildung bzw. einer ersten Erwerbstätigkeit in einem anderen als dem Ausbildungsberuf) sowie durch den (auch parallel zur Erwerbstätigkeit möglichen) Erwerb eines (weiteren) beruflichen Ausbildungszertifikates stattfinden. Mit dem Beginn einer ersten Erwerbstätigkeit bzw. mit dem Beginn einer ersten Ausbildung ist die Entscheidung für einen Beruf verbunden, so dass in der vorliegenden Arbeit festgelegt wird, dass die Person bereits ab diesem Zeitpunkt dem Risiko beruflicher Mobilität ausgesetzt ist (vgl. Abb. 7).

Allerdings besteht bei Ereignisdatenanalysen das Problem, dass Episoden im Beobachtungszeitraum ‚rechtszensiert‘ sein können, d.h. dass der Beobachtungszeitraum enden kann, bevor das analysierte Ereignis eingetreten ist. Werden die Zeitdauern aller Episoden gleich behandelt oder die zensierten Episoden bei der Analyse ausgeklammert, entstehen jeweils verzerrte Ergebnisse. Die Schätzung der Zeitdauern mit Hilfe des Produkt-Limit-Schätzers (Kaplan-Meier-Methode) bietet eine Möglichkeit, mit diesem Problem umzugehen. Gegenüber der Sterbetafelmethode müssen bei dieser Schätzung keine Zeitintervalle vorgegeben werden, da die empirischen Ereigniszeitpunkte selbst als Intervallgrenzen dienen.

¹⁴⁰ Man spricht in diesem Zusammenhang auch davon, dass die Person dem Risiko (im Sinne einer statistisch bestimmbarer Wahrscheinlichkeit) eines bestimmten Erwerbseinstiegsereignisses (z.B. der Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit) ausgesetzt ist.

Abb. 7: Verweildauerbezogene Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses¹⁴¹



Die wichtigste Darstellungsform der Schätzergebnisse ist die Survivorfunktion, die angibt, welcher Anteil der Ausgangspopulation das untersuchte Ereignis noch nicht erlebt hat.¹⁴² Mit Hilfe dieser deskriptiven Analysemethoden ist es möglich, Zusammenhänge zwischen den Bildungs- und Erwerbsverläufen und bestimmten Merkmalen der Personen zu untersuchen. So lassen sich mit Survivorfunktionen für verschiedene Teilgesamtheiten die Verweildauerverteilungen in Abhängigkeit von bestimmten Differenzierungskriterien analysieren.

Bei einer größeren Anzahl von Teilgesamtheiten stößt dieses deskriptive Verfahren jedoch schnell an praktische Grenzen, so dass der Einsatz entsprechender statistischer Modelle notwendig ist. Mit Hilfe von Übergangsratenmodellen kann die zeitliche Struktur des Erwerbseinstiegsprozesses analysiert werden. Die Übergangsrate kann dabei grundsätzlich beliebig spezifiziert werden (Rohwer 2000: 580). Für die Schätzung der Übergangsraten wird in der vorliegenden Arbeit das parametrische Modell mit abschnittsweise konstanter Übergangsrate (Piecewise-Constant Exponential Model) verwendet. Der wichtigste Vorteil

¹⁴¹ Um die Abbildung nicht unnötig zu verkomplizieren, wird darauf verzichtet, die theoretisch möglichen Zustände der Nichterwerbstätigkeit (z.B. Arbeitslosigkeit) zwischen Beendigung der Schule und der beruflichen Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit darzustellen. Da die Dauer bis zur Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit bzw. bis zur ersten beruflichen Umorientierung analysiert werden, können diese Nichterwerbstätigkeitszeiten als zeitabhängige Kovariablen in die empirische Analyse einbezogen werden.

¹⁴² Die Interpretation von Survivorfunktionen nach der ersten Rechtszensurierung ist jedoch äußerst vorsichtig vorzunehmen, weil sich ab diesem Zeitpunkt die Risikomenge, d.h. die Anzahl der Personen, die dem entsprechenden Risiko ausgesetzt sind, verändert.

dieses Modells liegt darin, dass für den Übergangsratenverlauf keine bestimmte Form angenommen werden muss (wie bei einfachen Exponentialmodellen) und dennoch (im Gegensatz zum semiparametrischen Cox-Modell) die Baseline des Ratenverlaufs explizit gemacht wird. Dabei wird angenommen, dass die Übergangsrate vom Zustand j in den Zustand k (r_{jk}) im Intervall I_l konstant und von Kovariablenvektor A abhängig ist. Die allgemeine Grundgleichung für das Piecewise-Constant Exponential Modell lautet:

$$r_{jk}(t) = \exp\{\bar{\alpha}_l^{(jk)} + A^{(jk)}\alpha^{(jk)}\}, \text{ wenn } t \in I_l \text{ und } l = 1, 2, \dots, L$$

Ein besonderer Vorzug dieses Analysemodells liegt darin, dass nicht nur die Übergangsrate mit der Prozesszeit variieren und so die zeitliche Dimension – im vorliegenden Fall der Erwerbseinstiegs- und berufliche Mobilitätsprozess – abgebildet werden kann, sondern neben der Einbeziehung zeitunabhängiger Kovariablen (z.B. Geschlecht) auch die Berücksichtigung zeitabhängiger Kovariablen (z.B. Bildung) ermöglicht wird.

Der Ereignisdatenanalyse sind jedoch insofern Grenzen gesetzt, als die (Bildungs- bzw. Erwerbs-)Verläufe nicht in ihrer zeitlichen Gesamtheit analysiert werden, sondern in Bezug auf den Eintritt eines jeweils interessierenden Ereignisses.¹⁴³ Eine vergleichende Analyse der monatlichen prozentualen Verteilungen des Bildungs- und Erwerbsstatus beider Geburtskohorten über die historische Zeit, differenziert nach ausgewählten Kriterien wie z.B. Geschlecht, Schulabschluss etc. bietet dagegen die Möglichkeit, die quantitative Bedeutsamkeit verschiedener Bildungs- und Erwerbszustände und deren Veränderungen während der ostdeutschen Transformation zu beschreiben. Bei diesem in Untersuchungen von Verlaufsdaten häufig eingesetzten Verfahren handelt es sich allerdings um eine spezifische Analyse von Querschnittsverteilungen, die keine Aussagen darüber zulässt, ob z.B. eine beobachtete stabile Verteilung der verschiedenen Statuspositionen auf Mobilitätsprozesse einzelner Personen zwischen den Statuspositionen, auf den Verbleib einzelner Personen in den jeweiligen Statuspositionen oder auf die Kombination von Mobilität und Verbleib zurückzuführen ist.¹⁴⁴ Die aneinandergereihten Querschnittsverteilungen können also aufgrund unterschiedlicher Prozesse zustande kommen, so dass eine zunächst augenscheinlich gleiche Verteilung über hohe Mobilitätsprozesse hinwegtäuschen kann. Aus diesem Grund wird in der vorliegenden Arbeit darüber hinaus

¹⁴³ Bei den meisten Ereignisdatenanalysen wird das individuelle Risiko für das Verlassen eines Zustandes in Abhängigkeit von der Zugehörigkeitsdauer in diesem Zustand bestimmt, ohne etwaige frühere Episoden in dem jeweils analysierten Zustand hinreichend zu berücksichtigen. Zwar besteht grundsätzlich die Möglichkeit, durch die Untersuchung mehrere Episoden (lebenslaufbezogenes Konzept) die Diskontinuität der Verläufe zu berücksichtigen, jedoch ist die Interpretation der entsprechenden Ergebnisse sehr schwierig, weil in der Regel kein konkreter Bezug zur Lagerung der analysierten Episode im Lebensverlauf bzw. in der historischen Zeit vorhanden ist.

¹⁴⁴ Ein stabiler Anteil von Arbeitslosen kann z.B. einerseits darauf verweisen, dass es den arbeitslosen Personen nicht gelungen ist, aus der Arbeitslosigkeit zu entkommen, andererseits jedoch auch darauf, dass der Anteil der Arbeitslosen, die ihre Arbeitslosigkeit beenden konnten, und der Anteil der arbeitslos Gewordenen, gleich hoch ist.

für jede Untersuchungsperson ein individueller Bildungs- und Erwerbsverlauf ermittelt, der eine Kategorisierung unterschiedlicher Erwerbseinstiegsmuster, d.h. die detaillierte Abfolge des monatlichen Bildungs- und Erwerbsstatus, der Verweildauer in den einzelnen Bildungs- und Erwerbsepisoden und deren Einbettung in den jeweiligen historischen Kontext für jede befragte Person, zulässt.

Um die maßgeblichen Bedingungen für das Zustandekommen von sich gegenseitig ausschließenden Erwerbseinstiegsmuster zu analysieren, können Multinomiale Logit-Modelle (vgl. Urban 1993: 75ff., Greene 2000: 859ff.) geschätzt werden. Diese Modelle beruhen auf einer paarweisen Analyse mehrerer binärer Logit-Modelle, wobei für jedes dieser binären Logit-Modelle eine bestimmte Alternative als Referenzkategorie verwendet wird. Die allgemeine Grundgleichung für das Multinomiale Logit-Modell lautet:

$$p_j = \frac{\exp(\alpha_{jr} + \sum_{k=1}^J \beta_{kjr} X_k)}{1 + \sum_{i=1}^J \exp(v_i)} \text{ für } j = 1, \dots, J \text{ und } j \neq r \text{ (Referenz).}$$

Der Parameter β gibt dabei die Einflussstärke und Einflussrichtung (in Logitform) für jede k-te X-Variable auf die Wahrscheinlichkeit p_j an, dass die Alternative A_j eintritt. Bei der Interpretation der Effektstärken muss beachtet werden, dass es sich bei diesen Logit-Koeffizienten um Wahrscheinlichkeitsrelationen zwischen zwei Alternativen (A_j und A_r) handelt. Mit diesem Analysemodell lassen sich Aussagen über die Abfolge der einzelnen Ereignisse beim Erwerbseinstiegsprozess, der Verweildauer in den jeweiligen Zuständen und dessen Bezug zur historischen Zeit bündeln.

Sollen die Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation umfassend analysiert werden, ergibt sich die Notwendigkeit, alle drei Analysestrategien anzuwenden, um durch die Kombination der daraus resultierenden Ergebnisse ein – die Nachteile jeder einzelnen Vorgehensweise kompensierendes – Gesamtbild der Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation zeichnen zu können. Damit werden erstens Aussagen über die Veränderungen der Selektions- und Entscheidungsbedingungen des – mehrheitlich verfolgten – mehrstufigen Erwerbseinstiegsprozesses, zweitens über die maßgeblichen Bedingungen für zeitliche Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses¹⁴⁵ und drittens

¹⁴⁵ Ideal für die Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses wäre ein Ereignisdatenanalysemodell, das die Modellierung von mehrstufigen Selektions- und Entscheidungsprozessen ermöglicht. Bislang ist es in der sozialwissenschaftlichen Forschung umstritten, ob Ereignisdatenanalysemodelle, die Selektionsprozesse explizit modellieren, statistisch realisierbar sind und sinnvolle Ergebnisse liefern. Selbst die Korrektur von sogenannten Stichprobenauswahlfehlern durch ein zweistufiges Schätzverfahren (Heckman 1979) ist äußerst voraussetzungsvoll, da die Ergebnisse „sehr sensitiv gegenüber Verletzungen der zu Grunde liegenden Annahmen reagieren“ (Engelhardt 1999: 706). Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen jedoch nicht vordergründig methodische Fragen und die Erprobung neuer Verfahren der Ereignisdatenanalyse, vielmehr wird auf in der sozialwissenschaftlichen Forschung bewährte statistische Verfahren zurückgegriffen.

über unterschiedlicher Destandardisierungsbedingungen während der ostdeutschen Transformation möglich.

Vergleiche zwischen Lebensverläufen verschiedener Geburtskohorten basieren in der sozialwissenschaftlichen Forschung häufig auf ‚gepoolten‘ Datensätzen, d.h. die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Geburtskohorte geht als einfache Dummy-Variable in die Analysen ein. Weil diese Vorgehensweise das inferenzstatistische Testen von Unterschieden zwischen den Geburtskohorten gestattet, stellt sich die Frage, ob ein solches Vorgehen auch in der vorliegenden Arbeit sinnvoll wäre. Vor allem aus Gründen der Übersichtlichkeit und Anschaulichkeit werden in der vorliegenden Arbeit jedoch getrennte Analysemodelle für beide Geburtskohorten geschätzt. Die absolute Größe eines bestimmten Effekts kann dadurch direkt abgelesen und muss nicht durch verschiedene Interaktionseffekte ergänzt werden.

5.3. Operationalisierung zentraler, in der empirischen Analyse verwendeter Variablen

Die in der vorliegenden Arbeit zur Anwendung kommende empirische Analysestrategie wurde im vorherigen Kapitel detailliert dargestellt und begründet. Vor der eigentlichen empirischen Analyse sind jedoch noch allgemeine Festlegungen zu treffen und einige Operationalisierungen vorzunehmen. Die zur Verfügung stehenden Lebensverlaufsdaten der 1960er und 1971er Geburtskohorte erlauben es, die individuellen Bildungs- und Erwerbsverläufe in ihrer Vielfältigkeit und Komplexität in den Blick zu bekommen. Weil die Lebensverläufe der beiden in dieser Arbeit verglichenen Geburtskohorten jedoch bis zu einem jeweils unterschiedlichen Lebensalter erfasst wurden, muss – um Verzerrungen aufgrund der unterschiedlichen zur Verfügung stehenden Zeitdauer für die Bewältigung der Selektions- und Entscheidungsstufen beim Erwerbseinstieg zu vermeiden – für die Analyse der Querschnittsverteilungen ein gleicher Beobachtungszeitraum (Prozesszeit) festgelegt werden. Der daran anschließenden Operationalisierung von für den Erwerbseinstiegsprozess wesentlichen Analyseaspekten kommt in der vorliegenden Arbeit eine doppelte Aufgabe zu: In der Operationalisierung dieser Variablen müssen sich nicht nur die theoretischen Schlussfolgerungen der vorliegenden Arbeit niederschlagen, sondern die zwischen den beiden betrachteten Geburtskohorten deskriptiv vergleichenden Analysen sollen auch einen ersten Eindruck von den Veränderungen nach 1989 in Ostdeutschland vermitteln.

5.3.1. Festlegung des Beobachtungszeitraums

In der sozialwissenschaftlichen Forschung ist es – um bei Querschnittsanalysen die Vergleichbarkeit zwischen unterschiedlichen Geburtskohorten zu gewährleisten – üblich, das Lebensalter als Bezugsgröße zu verwenden. Für die Verwendung des Lebensalters als Prozesszeit für die Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses spricht vor allem das Argument, dass der Beginn der allgemeinbildenden schulischen Ausbildung institutionell relativ stark an das Lebensalter gekoppelt ist. So liegt das Lebensalter beim Schulbeginn sowohl in der 1960er als auch der 1971er Geburtskohorte zwischen 5 und 8 Jahren. Allerdings ist es gerade für die Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation nicht unbedeutend, ob die Jugendlichen – weil sie bereits mit 5 Jahren eingeschult wurden – 1986 die POS beendet (und dann 1988 bereits einen beruflichen Ausbildungsabschluss erworben) hatten oder – weil sie mit 8 Jahren eingeschult wurden – erst 1989 die POS verließen. Diesem Argument Rechnung tragend wird in der vorliegenden Arbeit nicht das Lebensalter, sondern das „institutionelle Alter“, d.h. die Zeitdauer ab dem Beginn der allgemeinbildenden schulischen Ausbildung, als Startzeitpunkt der Prozesszeit, festgelegt. Weil in der Schule – wie besonders bei der Diskussion der Berufswahltheorien deutlich geworden ist – entscheidende Weichenstellungen für den Erwerbseinstiegsprozess erfolgen, markiert der Beginn der allgemeinbildenden schulischen Ausbildung einen für alle Untersuchungspersonen identischen Bezugspunkt für den Beginn des individuellen Erwerbseinstiegsprozesses. Um die gleiche zur Verfügung stehende Zeitdauer für die verschiedenen Ereignisse beim Erwerbseinstiegsprozess in beiden Geburtskohorten gewährleisten zu können, wird der längstmögliche für alle Personen erfasste Beobachtungszeitraum zwischen dem Beginn der Schulausbildung und dem Interviewzeitpunkt festgelegt. Da das erste Interview in der 1971er Geburtskohorte im Mai 1996 stattfand und der späteste Zeitpunkt des Schulbeginns in dieser Geburtskohorte September 1979 war, verbleiben 202 Monate nach dem Beginn der allgemeinbildenden schulischen Ausbildung. Die Querschnittsanalysen beziehen sich also auf einen Zeitraum bis etwa 17 Jahre nach Beginn der Schulausbildung.

5.3.2. Selektions- und Entscheidungsstufen beim Erwerbseinstiegsprozess

Das in Abbildung 6 dargestellte empirische Analysemodell macht die Ereignisse Beendigung der Schule, Beginn und Abschluss der ersten beruflichen Ausbildung, Beginn der ersten Erwerbstätigkeit, Niveauadäquater Berufseinstieg sowie Berufswechsel zum zentralen Analysegegenstand. Diese Ereignisse sind jedoch nur auf den ersten Blick selbsterklärend. So ist zwar bei den meisten Personen das Ereignis *Beendigung der Schule* eindeutig auf den Zeitpunkt des Abgangs aus der allgemeinbildenden Schule festzulegen.

Diese Eindeutigkeit geht jedoch bei denjenigen Personen verloren, die eine Berufsausbildung mit Abitur absolvierten, weil es hier möglich war, parallel zu einer Facharbeiterausbildung eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben. Obwohl diese Personen also das allgemeinbildende Schulsystem noch nicht verlassen hatten, hatten sie bereits eine berufliche Ausbildung begonnen. In der vorliegenden Arbeit wird festgelegt, dass die Berufsschüler mit Abitur nach Abgang von der POS das allgemeinbildende Schulsystem verlassen und im Anschluss daran eine erste berufliche Ausbildung begonnen hatten. Darüber hinaus tritt das Ereignis *Abschluss einer beruflichen Ausbildung* dann ein, wenn ein berufliches Ausbildungszertifikat erworben wurde, und der *Beginn einer ersten Erwerbstätigkeit* datiert zum Zeitpunkt der Aufnahme einer ersten beruflichen Tätigkeit. In der vorliegenden Arbeit wird mit *Niveauadäquater Berufseinstieg* ein Ereignis bezeichnet, bei dem die erste berufliche Tätigkeit a) dem im beruflichen Ausbildungssystem erworbenen Ausbildungsniveau und b) dem erlernten Beruf entspricht. Er lässt sich durch den kombinierenden Vergleich des beruflichen Ausbildungsabschlusses mit der beruflichen Stellung in der ersten Erwerbstätigkeit und der ersten beruflichen Tätigkeit mit dem erlernten Beruf abbilden.

Allerdings ist das bei den Lebensverlaufsstudien verwendete Schema zur Erfassung der beruflichen Stellung in seiner ursprünglichen Form für die vorliegende Untersuchung zu detailliert. Um einerseits der relativ geringen Fallzahl in den hier verwendeten Stichproben gerecht zu werden und andererseits die empirischen Analysen überschaubar zu halten, werden die Kategorien der beruflichen Stellung auf vier Gruppen reduziert (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Kategorien der beruflichen Stellung

Un-/ Angelernte	Un- und angelernte Arbeiter, Angestellte mit einfacher Tätigkeit, Beamte im einfachen Dienst
Facharbeiter	Facharbeiter, Brigadier, Vorarbeiter, Meister, Polier; Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit, Beamte im mittleren und gehobenen Dienst
Hochqualifizierte Angestellte	Angestellte mit hochqualifizierter Tätigkeit, Angestellte mit höherer Leitungsfunktion, Beamte im höheren Dienst
Sonstige berufliche Stellung	Selbstständige, Genossenschaftsbauern, Mithelfende Familienangehörige, Heimarbeiter

Dabei wird in der vorliegenden Arbeit auf die Unterscheidung zwischen Angestellten und Facharbeitern verzichtet, weil ostdeutsche Zielpersonen häufig Probleme bei der Zuordnung zu diesen beruflichen Positionen haben.¹⁴⁶

¹⁴⁶ Diese Zuordnungsprobleme sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass die DDR-Ausbildungsberufe in der Regel die Bezeichnung "Facharbeiter für ..." unabhängig von der mit der Tätigkeit verbundenen beruflichen Stellung hatten, und in der DDR nur geringe, über die Arbeitsinhalte hinausgehende Unterschiede zwischen Angestellten- und Arbeiterpositionen bestanden.

Auch in Bezug auf die Erfassung der beruflichen Ausbildungsniveaus muss die Bandbreite der in den Lebensverlaufsstudien zur Verfügung stehenden Informationen reduziert werden (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Kategorien des beruflichen Ausbildungsniveaus

Unter Facharbeiterniveau	Noch in beruflicher Ausbildung, Betriebliche Anlernzeit, Teilfacharbeiter, Zuerkannter Facharbeiterabschluss, Berufliches Praktikum, Volontariat, Kein beruflicher Ausbildungsabschluss
Facharbeiterniveau	Facharbeiter-, Fachschul-, Meister-, Technikerabschluss
Hochschulniveau	Fachhochschulabschluss, Hochschulabschluss mit und ohne Diplom

Außer bei der „Sonstigen beruflichen Stellung“ lassen sich zu den Kategorien der beruflichen Stellungen entsprechende berufliche Ausbildungsniveaus zuordnen, so dass eine Definition von niveauadäquater (\rightarrow) sowie unter- (\uparrow) bzw. überqualifizierter (\downarrow) Erwerbstätigkeit möglich ist (vgl. Tab. 3).

Tab. 3: Niveauadäquate Erwerbstätigkeit

Berufliche Stellung \ Ausbildungsniveau	Un- und Angelernte	Facharbeiter	Hochqualifizierte Angestellte
Unter Facharbeiterniveau	\rightarrow	\uparrow	\uparrow
Facharbeiterniveau	\downarrow	\rightarrow	\uparrow
Hochschulniveau	\downarrow	\downarrow	\rightarrow

Dabei entspricht eine berufliche Stellung als Un- und Angelernter einem beruflichen Ausbildungsabschluss unter Facharbeiterniveau, eine berufliche Stellung als Facharbeiter bzw. qualifizierter Angestellter einem beruflichen Ausbildungsabschluss auf Facharbeiterniveau und eine berufliche Stellung als hochqualifizierter Angestellter einem beruflichen Ausbildungsabschluss auf Hochschulniveau. Weil die Frage nach einer dem Ausbildungsabschluss entsprechenden Erwerbstätigkeit im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht, wird auch eine unterqualifizierte Beschäftigung, d.h. wenn das Ausbildungsniveau unter dem für die berufliche Stellung erforderlichen Qualifikationsniveau liegt, unter einer niveauadäquaten Erwerbstätigkeit subsummiert.

Die Frage, ob und wann die berufliche Tätigkeit mit dem Ausbildungszertifikat übereinstimmt, ist andererseits mit dem Problem verbunden, dass es zwischen den einzelnen beruflichen Tätigkeiten mehr oder weniger große Substitutionsbeziehungen gibt (vgl. Blaschke/ Plath 1994).¹⁴⁷ Vor diesem Hintergrund werden in der berufssoziologischen Forschung totale und partielle Berufswechsel unterschieden (Werth 1974: 48ff.).¹⁴⁸ In der vorliegenden Arbeit werden ausschließlich totale Berufswechsel betrachtet, die sich in den empirischen Analysen in einer Nichtübereinstimmung der Klassifikationscodes der Bundesanstalt für Arbeit (BA-Codes) darstellen lassen.¹⁴⁹ Wenn eine erste Erwerbstätigkeit sowohl in einer ausbildungsniveauadäquaten beruflichen Stellung als auch in einer Übereinstimmung des zweistelligen BA-Codes des Ausbildungs- mit dem ausgeübten Beruf aufgenommen werden konnte, wird demnach in der vorliegenden Arbeit von einem Niveauadäquaten Berufseinstieg gesprochen.¹⁵⁰ Von *Berufswechsel* ist in der vorliegenden Arbeit die Rede, wenn der zweistellige BA-Code der ausgeübten beruflichen Tätigkeit nicht mit dem des Ausbildungsberufes übereinstimmt.

Bei der Entwicklung des verweildaueranalytischen Erwerbseinstiegsmodells (vgl. Abb. 7) wurde darüber hinaus der Begriff *Berufliche Mobilität* verwendet. Auch dieses Ereignis wird anhand des zweistelligen BA-Codes gemessen und liegt vor, wenn der zweistellige BA-Code des ersten Ausbildungsberufs bzw. der ersten beruflichen Erwerbstätigkeit nicht mit dem einer späteren Ausbildung bzw. einer ersten bzw. späteren Erwerbstätigkeit übereinstimmt.

5.3.3. *Die Messung von Qualifikationen*

Im theoretischen Teil der vorliegenden Arbeit war die maßgebliche Bedeutung der schulischen und beruflichen Qualifikation für den Erwerbseinstiegsprozess herausgestellt worden. Da die Vielfalt möglicher Qualifikationen nicht vollständig in die empirische Analyse eingehen kann, muss der Unterscheidung von Qualifikationsgruppen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die einfachste Möglichkeit, Qualifikationsgruppen voneinander abzugrenzen, besteht darin, die Befragten entsprechend der Zeit, die sie im

¹⁴⁷ Offensichtlich ist z.B. der Wechsel zwischen einer beruflichen Tätigkeit als Möbeltischler und der als Bautischler einfacher zu vollziehen als zu der als Krankenpfleger.

¹⁴⁸ So lange ein Bezug zum alten Beruf gegeben ist, liegt ein partieller Berufswechsel vor. Dagegen gehen totale Berufswechsel mit einer vollständigen Veränderung der mit der beruflichen Tätigkeit verbundenen Aufgaben und Anforderungen einher.

¹⁴⁹ Es handelt sich dabei um eine relativ differenzierte Erfassung beruflicher Tätigkeiten, so dass auch Wechsel zwischen – aus berufssoziologischer Sicht – nahe beieinander liegenden Berufen analysiert werden können. Da in der DDR-Lebensverlaufsstudie die Codes für beruflichen Tätigkeiten und Ausbildungsberufe nicht als BA-Code, sondern in Form von ISCO- oder speziell für die DDR entwickelter Berufscodes (Solga 1993) vorliegen, wurde eine Codierung nach dem Codierschema der Bundesanstalt für Arbeit mit Hilfe der jeweiligen Berufsbezeichnungen und der DDR-spezifischen Codes vorgenommen.

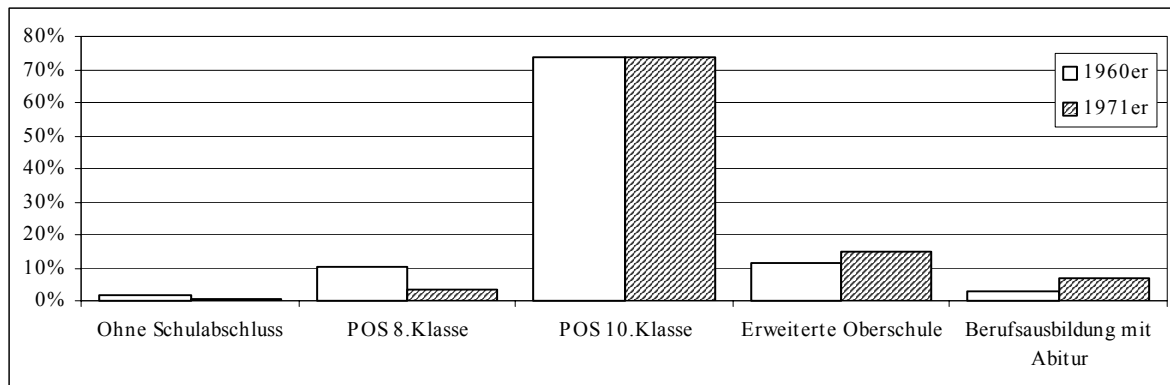
¹⁵⁰ Z.B. hatte ein ausgebildeter Kraftfahrzeuginstandsetzer einen Niveauadäquaten Berufseinstieg vollzogen, wenn er als Landmaschineninstandsetzer in einer Facharbeiterposition arbeitete.

Bildungssystem verbracht haben, in eine Skala einzustufen. Dieses Verfahren hat den Vorteil, dass eine kontinuierliche Bildungsvariable erzeugt wird, deren Effekte auf andere Variablen leicht zu interpretieren ist. Der Nachteil dieses Verfahrens ist jedoch, dass dabei zu völlig unterschiedlichen Erwerbsverläufen führende Bildungsabschlüsse gleichgesetzt werden. Praktisch wird bei der empirischen Analyse häufig der hierarchische Aspekt von Bildungstiteln berücksichtigt, indem die jeweils für bestimmte Bildungsabschlüsse notwendigen Bildungsdauern konstruiert werden. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Bildungsabschlüsse als kategoriale Variable zu behandeln. Damit wird nicht nur die Annahme aufgegeben, dass die Abstände zwischen den einzelnen Werten gleich groß sind,¹⁵¹ sondern auch, dass die Kategorien in eine eindeutige Rangfolge zu bringen sind. Dieser differenzierten Betrachtung von Bildungsabschlüssen folgt auch die vorliegende Arbeit.¹⁵²

- **Allgemeinbildende Schulabschlüsse**

Beim Vergleich der prozentualen Verteilung des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses nach Beendigung der Schule¹⁵³ zwischen beiden Geburtskohorten fällt zunächst eine sehr hohe Konstanz auf. Der größte Teil der höchsten schulischen Ausbildungsabschlüsse nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule entfällt in beiden Geburtskohorten auf die POS-10. Klasse-Schulabschlüsse (vgl. Abb. 8).

Abb. 8: Höchster allgemeinbildender Schulabschluss nach Beendigung der Schule



1960er: N=567, 1971er: N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

¹⁵¹ Es gilt hierbei also z.B. nicht mehr, dass die Differenz zwischen Mittlere Reife ohne Ausbildung und Mittlere Reife mit Ausbildung genauso groß ist wie zwischen Fachhochschul- und Universitätsausbildung.

¹⁵² Auf der Grundlage des Analyseergebnisses, dass kaufmännische Lehren weitaus günstigere Berufsperspektiven eröffnen als gewerbliche, plädiert Müller für eine differenzierte Berücksichtigung der beruflichen Ausbildung (Müller 1979: 185).

¹⁵³ Wenn direkt im Anschluss an eine schulische Ausbildung (mit oder ohne Abschluss) eine weitere schulische Ausbildung folgte, wird der Abschluss der letzten schulischen Ausbildung zum Vergleich herangezogen – sofern ein Abschluss erworben wurde.

Zwar nimmt der Anteil der niedrigeren Abschlüsse in der 1971er gegenüber der 1960er Geburtskohorte ab und der Anteil der POS-10. Klasse-Schulabschlüsse bleibt konstant, so dass ein leichter Zuwachs bei den höheren schulischen Bildungsabschlüssen zu verzeichnen ist.

Obwohl die Jugendlichen der 1971er Geburtskohorte ihren höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss sowohl vor als auch nach 1989 erwarben, fiel die Entscheidung für einen weiterführenden allgemeinbildenden Schulbesuch (EOS, Berufsausbildung mit Abitur) spätestens im August 1988. Allerdings erlebten die meisten Schulabgänger mit Abitur den Umbruch noch während ihrer schulischen Ausbildung. In der DDR waren – wie in Kapitel 3 deutlich geworden ist – die möglichen Bildungswege wenig differenziert, so dass für die Bildungskarriere (und damit häufig auch den Erwerbseinstieg) wichtig war, ob einerseits der POS-10. Klasse-Schulabschluss erreicht werden konnte und andererseits im Anschluss an die Beendigung der POS eine Abiturausbildung in Frage kam. Nur sehr wenige DDR-Bürger nutzten den Umweg über den Volkshochschulbesuch (zweiter Bildungsweg), um das Abitur nachzuholen, so dass der allgemeinbildende Schulabschluss bei der Beendigung der POS oder EOS ein wesentliches Differenzierungsmerkmal von Qualifikationsgruppen in der DDR darstellt. Daraus resultiert die in Tabelle 4 zusammengefasste Kategorisierung der allgemeinbildenden Schulabschlüsse.

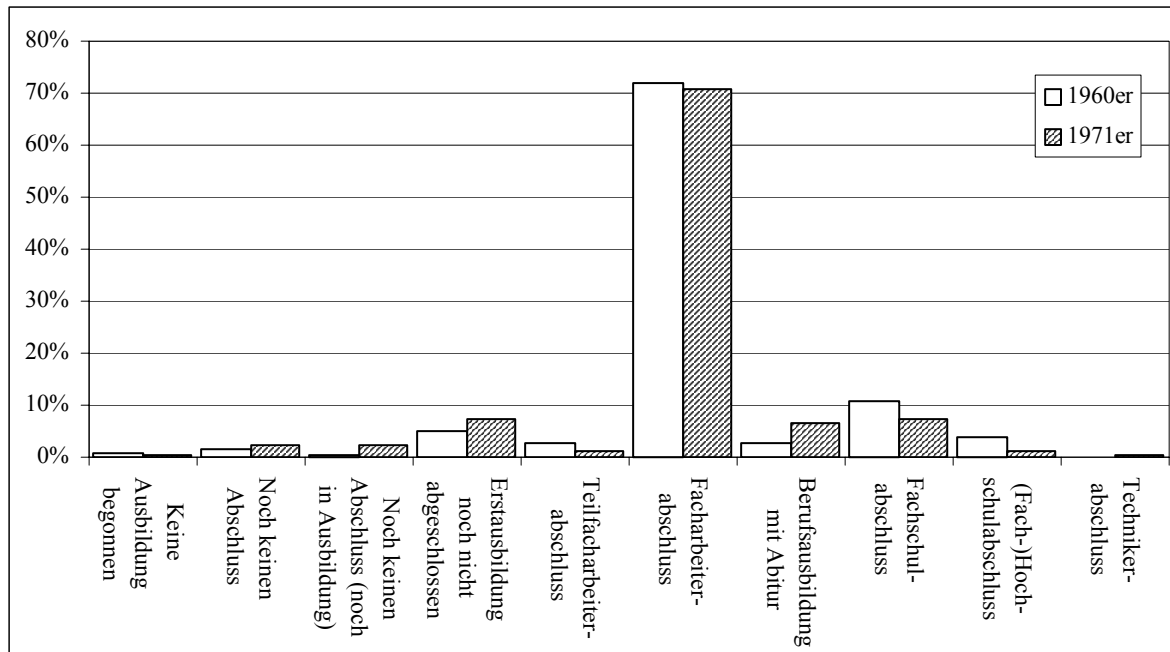
Tab. 4: Schulabschluss-Kategorien

Unter POS 10. Klasse	Kein allgemeinbildender Schulabschluss, Sonder-/ Hilfsschulabschluss, Abschluss der POS 8. Klasse
POS 10. Klasse	Abschluss der POS 10. Klasse, EOS ohne Abschluss
Abitur	Abitur, Hochschulreife, Fachabitur, Berufsausbildung mit Abitur

• **Berufliche Ausbildungsabschlüsse**

Auch die berufliche Ausbildungskarriere ist mit den Lebensverlaufsstudien detailliert und zeitbezogen analysierbar. Abbildung 9 gibt einen detaillierten Überblick über die Art der ersten beruflichen Ausbildungsabschlüsse. Angesichts der Tatsache, dass die meisten der Jugendlichen nach Beendigung der Schulausbildung eine Facharbeiterausbildung begannen, ist nicht überraschend, dass der überwiegende Teil der in die Analyse einbezogenen Jugendlichen nach 17 Jahren schulischer und beruflicher Ausbildung einen Facharbeiterabschluss erworben hatte. Jedoch stieg der Anteil der Jugendlichen, die zum Beobachtungszeitpunkt noch keinen beruflichen Ausbildungsabschluss hatten, zwischen der 1960er und der 1971er Geburtskohorte an (vgl. Abb. 9).

Abb. 9: Erster beruflicher Ausbildungsabschluss (bis 17 Jahre nach Schulbeginn)



1960er: N=567, 1971er: N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

Nicht nur beim Anteil der sich 17 Jahre nach Schulbeginn noch in beruflicher Erstausbildung befindlichen Jugendlichen ist ein Anstieg in der 1971er gegenüber der 1960er Geburtskohorte zu verzeichnen, sondern auch beim Anteil der Jugendlichen, die zum Betrachtungszeitpunkt noch keinen Ausbildungsabschluss hatten und sich in einer weiteren Ausbildung befanden. Um die Bedeutung des Nichtvorhandenseins eines beruflichen Ausbildungszertifikates abschätzen zu können, müssen die in beruflich Erstausbildung befindlichen Jugendlichen von jenen, die entweder noch keine berufliche Ausbildung begonnen oder keinen beruflichen Ausbildungsabschluss erworben hatten, unterschieden werden. Da es sich bei allen Jugendlichen, die zum Beobachtungszeitpunkt noch in beruflicher Erstausbildung waren, um Hochschulstudenten handelt, werden sie – in der Annahme, dass auch alle das Hochschulstudium beenden werden – unter der Kategorie „Hochschulabschluss“ mit den Hochschulabsolventen zusammengefasst. Alle Jugendlichen, die noch keinen Ausbildungsabschluss hatten und sich nicht mehr in einer Erstausbildung, aber noch in beruflicher Ausbildung befanden, werden unter der Kategorie „Ohne Ausbildungsabschluss“ subsummiert. Die Teilfacharbeiterabschlüsse werden, weil diese Ausbildungszertifikate nach 1989 nicht anerkannt wurden, ebenfalls dieser Kategorie zugerechnet. Eine Technikerausbildung im Anschluss an die Beendigung der POS war nur sehr selten möglich, so dass die beiden in den Daten vorkommenden Fälle – weil sie in der DDR stärker Fachschulcharakter trugen – mit den Fachschulabschlüssen zusammengefasst werden (vgl. Tab. 5).

Tab. 5: Ausbildungsabschluss-Kategorien

Ohne Ausbildungsabschluss	Keine berufliche Ausbildung begonnen, Noch keinen Ausbildungsabschluss und zum Beobachtungszeitpunkt nicht in beruflicher Erstausbildung, Teilfacharbeiterabschluss
Facharbeiterabschluss	Facharbeiterabschluss, Berufsausbildung mit Abitur
Fachschulabschluss	Fachschulabschluss, Technikerabschluss
Hochschulabschluss	Fachhochschulabschluss, Hochschulabschluss, Noch in beruflicher Erstausbildung an einer (Fach-) Hochschule bzw. Universität

5.3.4. Die Klassifikation der sozialen Herkunft

Dass soziale Hintergrundmerkmale beim Erwerbseinstiegsprozess eine besondere Rolle spielen, war in den theoretischen Überlegungen der vorliegenden Arbeit herausgearbeitet worden (vor allem Kapitel 2.3.2.). In den Lebensverlaufsstudien wurde eine Vielzahl von Angaben zu den Eltern und Stief-/ Pflegeeltern erhoben. Aufgrund der besonderen Bedeutung, die sich aus der Situation des Elternhauses für den Erwerbseinstiegsprozess der Kinder ergibt, und ausgehend davon, dass für den Erwerbseinstiegsprozess der Kinder vorrangig die jeweils aktuellen Gegebenheiten im Elternhaus ausschlaggebend sind, werden in der vorliegenden Arbeit die Angaben über die jeweils im Haushalt mit dem Kind zusammenlebenden Eltern als Bezugsgrößen festgelegt. Im Einzelnen heißt das, dass für die Klassifikation des sozialen Hintergrunds einer Untersuchungsperson in Einzelfällen zu verschiedenen Zeitpunkten des Bildungs- und Erwerbsverlaufs unterschiedliche Eltern – nämlich die jeweils im Haushalt lebenden – herangezogen werden. Allerdings ergeben sich bei den im verwendeten Datensatz vorkommenden 7 (1960er) und 10 (1971er) Stiefmüttern sowie 36 (1960er) und 40 (1971er) Stiefvätern in keinem Fall gravierende Veränderungen des sozialen Hintergrundes durch derartige Bezugspersonenwechsel.

Aufgrund des Zusammenlebens in der Familie sind alle Mitglieder dieser Gemeinschaft durch eine gemeinsame Lebenslage gekennzeichnet. Daraus ergibt sich u.a. das Problem, dass z.B. das elterliche Bildungsniveau für den gemeinsamen Haushalt festgelegt werden muss, obwohl die Bildungsabschlüsse aller Haushaltsmitglieder sehr unterschiedlich sein können. Üblicherweise wird diesem Problem mit der Dominanz des Haushaltsvorstandes begegnet.¹⁵⁴ Wird dabei die traditionelle Familie (male breadwinner family) zugrunde gelegt, ist der Mann der Haushaltsvorstand. Nur wenn es im Haushalt keinen Mann gibt, haben die Frauen die Position des Haushaltsvorstandes inne. Angesichts der steigenden Erwerbsbeteiligung und des qualifizierten Einsatzes von Frauen sowie der Kontinuität ihrer Erwerbsverläufe ist zu fragen, wie berechtigt die Aufrechterhaltung dieses traditionellen Paradigmas für Mobilitätsanalysen in modernen Gesellschaften im Allgemeinen (vgl.

¹⁵⁴ Als Haushaltsvorstand bezeichnet Goldthorpe diejenige Person in der Familie, die die stärkste Bindung an das Erwerbssystem hat und deren Beruf die höhere Qualifikation erfordert, so dass ihre Erwerbstätigkeit die größten Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Familie insgesamt hat (Goldthorpe 1983: 468).

Sørensen 1994: 40ff.) und der DDR im Besonderen ist. Die Ausführungen von Solga (1995: 141ff.) bestätigen, dass – entgegen der konventionellen Herangehensweise der Mobilitätsforschung – bei der Bestimmung der Lebenslage der DDR-Familie nicht nur die berufliche Situation des Vaters als Haushaltsvorstand herangezogen werden kann. Angesichts der hohen (qualifizierten) Erwerbsbeteiligung der Frauen müssen auch die beruflichen Positionen der Mütter in die Bestimmung der Lebenslage der Familie einbezogen werden.

- ***Elterliches Bildungsniveau***

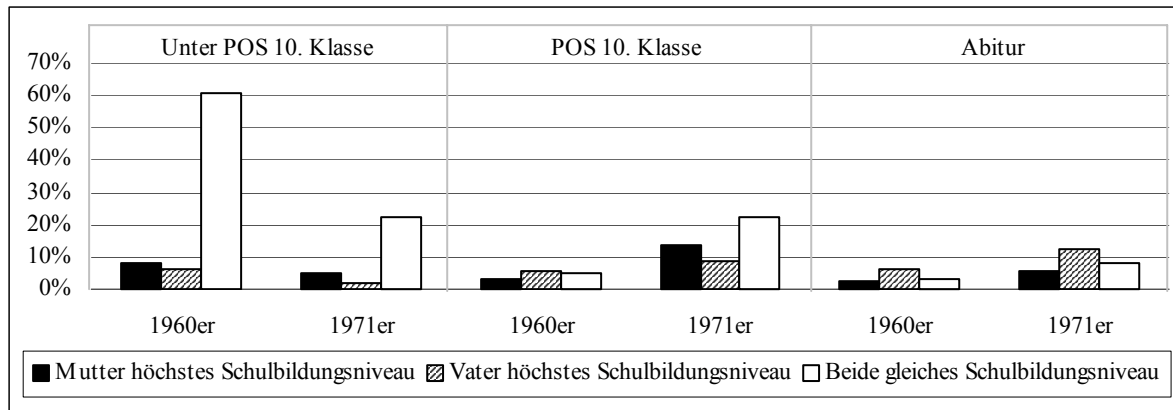
In den verschiedensten sozialwissenschaftlichen Analysen, die intergenerationale Mobilitätsprozesse zum Gegenstand haben, wird das Bildungsniveau im Elternhaus als einer der zentralen Einflussfaktoren für das Bildungsniveau und die Erwerbschancen ihrer Kinder herausgestellt (vgl. dazu für Ostdeutschland Gericke 1996: 15ff.). Aufbauend auf die Annahme, dass Kinder von Eltern mit einem höheren elterlichen Bildungsniveau aufgrund der besseren Verfügbarkeit von Kulturgütern (z.B. von Büchern und Zeitschriften) in der Regel besser auf die Bewältigung schulischer Anforderungen vorbereitet sind, widerspiegelt das elterliche Bildungsniveau vor allem den kulturellen Hintergrund der sozialen Herkunft.

Wenn die höchsten allgemeinbildenden Schulabschlüsse der Eltern nach Geburtskohorte und getrennt danach, ob Mutter oder Vater den bzw. beide den gleichen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben, betrachtet werden, kommt einerseits zum Ausdruck, dass in beiden Geburtskohorten in den meisten Fällen beide Eltern das gleiche Bildungsniveau haben (1960er: 69 Prozent, 1971er: 53 Prozent). Andererseits fällt auf, dass – wenn einer der beiden Eltern Abitur hat – dies in beiden Geburtskohorten eher die Väter sind. In der 1960er Geburtskohorte hatten 6 Prozent der Väter, 2 Prozent der Mütter mit dem höchsten Schulabschluss im Elternhaus und 3 Prozent der Eltern mit gleichem Bildungsniveau Abitur. In der 1971er Geburtskohorte hatten 13 Prozent der Väter, 6 Prozent der Mütter mit dem höchsten Schulabschluss im Elternhaus und 8 Prozent der Eltern mit gleichem Bildungsniveau Abitur (vgl. Abb. 10).

Auch bei einem Vergleich des höchsten beruflichen Ausbildungsabschlusses der Eltern haben in den meisten Fällen beide Eltern das gleiche Ausbildungsniveau (1960er: 46 Prozent, 1971er: 52 Prozent) und sind es eher die Väter, die höhere berufliche Ausbildungsabschlüsse haben (vgl. Abb. 11).¹⁵⁵

¹⁵⁵ Auch hier wird, wenn die Angabe bei einem der beiden Eltern fehlt, angenommen, dass der unbekanntere berufliche Ausbildungsabschluss auf einem niedrigeren Qualifikationsniveau als der bekannte liegt. Wenn keine Angaben über den höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss des Vaters und der Mutter vorlagen, werden diese Befragten aus der Darstellung ausgeschlossen.

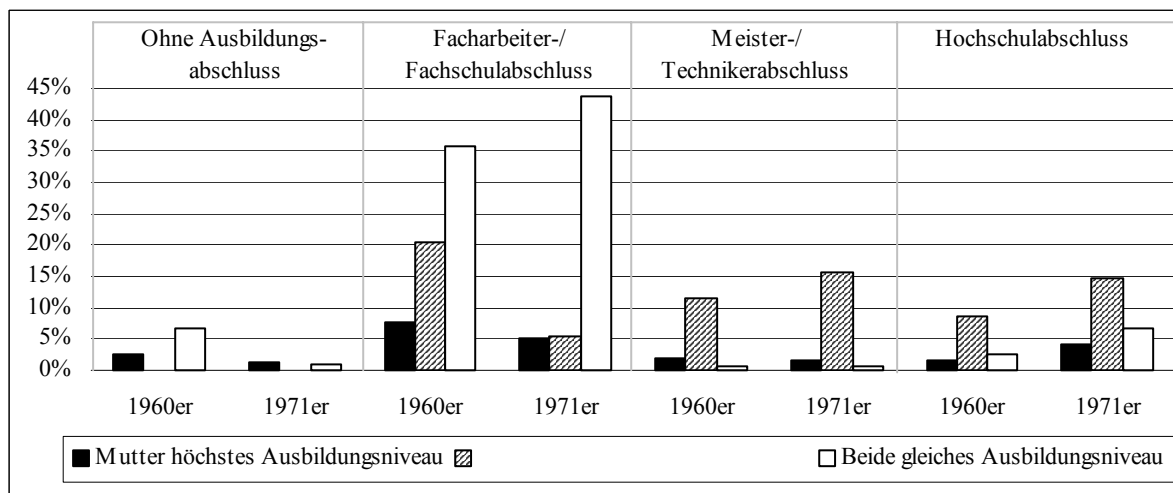
Abb. 10: Höchstes allgemeinbildendes Schulbildungsniveau der Eltern¹⁵⁶



Unter POS-10. Klasse – 1960er: N=413, 1971er: N=163; POS 10. Klasse – 1960er: N=74, 1971er: N=252; Abitur – 1960er: N=62, 1971er: N=148, Angabe fehlt – 1960er: N=18, 1971er: N=46

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

Abb. 11: Höchstes berufliches Ausbildungsniveau der Eltern¹⁵⁷



Ohne Ausbildungsabschluss – 1960er: N=51, 1971er: N=12; Facharbeiter-/ Fachschulabschluss – 1960er: N=357, 1971er: N=316; Meister-/ Technikerabschluss – 1960er: N=78, 1971er: N=105, Hochschulabschluss – 1960er: N=73, 1971er: N=150; Angabe fehlt – 1960er: N=8, 1971er: N=26

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

¹⁵⁶ Wenn bei einem der beiden Eltern die Angaben zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss nicht vorlagen, wird angenommen, dass der dem Befragten bekannte Schulabschluss der höchste im Haushalt vorhandene ist. Die Fälle, für die keine Angaben über den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss des Vaters und der Mutter vorlagen, werden aus dieser Darstellung ausgeschlossen.

¹⁵⁷ Bei der Gegenüberstellung der beruflichen Ausbildungsabschlüsse der Eltern der 1960er und 1971er Geburtskohorte ist besonders interessant, dass die Differenzen im Facharbeiter-/ Fachschulniveau zugunsten der Mütter abgenommen, jedoch im Meister-/ Techniker- und Hochschulniveau zugunsten der Väter eher zugenommen haben. Dieser Befund spricht für eine Verstärkung der geschlechtsspezifischen Differenzen hinsichtlich des beruflichen Ausbildungsniveaus in der DDR.

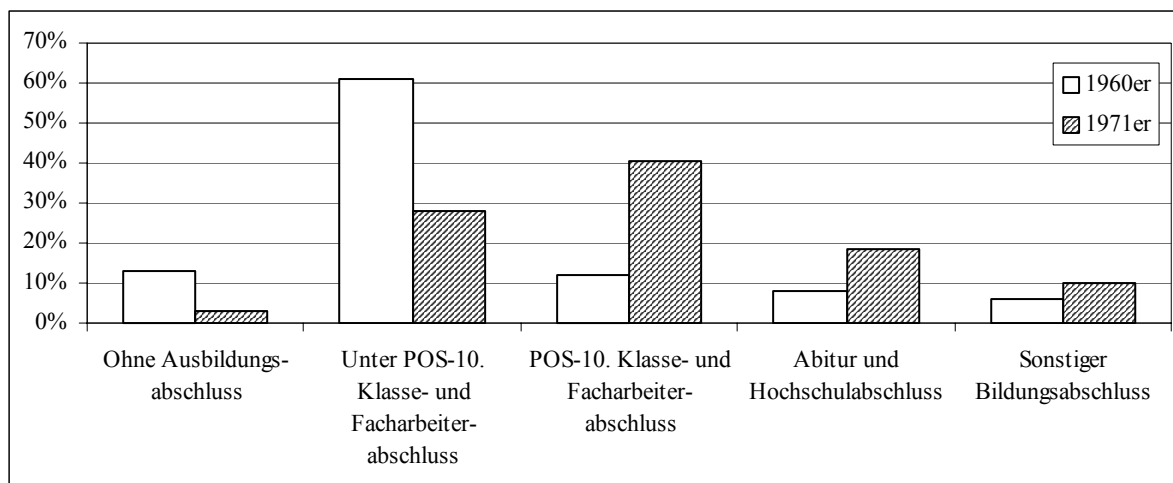
Um die Komplexität der zu schätzenden Modelle zu reduzieren, wird in der vorliegenden Analyse jedoch darauf verzichtet, den elterlichen Bildungshintergrund getrennt nach dem Bildungsniveau von Vater und Mutter zu analysieren. Vielmehr wird der jeweils höchste im Haushalt anzutreffende schulische und berufliche Bildungsabschluss – unabhängig davon, ob Mutter oder Vater ihn haben – verwendet. Darüber hinaus wird darauf verzichtet, die Bildung der Eltern getrennt nach schulischem und beruflichem Abschluss in die Analyse einzubeziehen. Auf der Basis einer Kreuztabelle der höchsten schulischen und beruflichen Bildungsabschlüsse der Eltern haben sich die in Tabelle 6 dargestellten Kategorien des elterlichen Bildungsniveaus als sinnvolle Kombinationen herausgestellt.

Tab. 6: Kategorien des elterlichen Bildungsniveaus

Ohne Ausbildungsabschluss	Kein beruflicher Ausbildungsabschluss, Noch in beruflicher Ausbildung, Betriebliche Anlernzeit, Teilfacharbeiterabschluss, Facharbeiterabschluss zuerkannt, Berufliches Praktikum/ Volontariat
Unter POS-10. Klasse- und Facharbeiterabschluss	Schulabschluss POS 8. Klasse bzw. Hauptschulabschluss und Facharbeiter-, Fachschul-, Meister-, Technikerabschluss
POS-10. Klasse- und Facharbeiterabschluss	Schulabschluss POS 10. Klasse bzw. Mittlere Reife und Facharbeiter-, Fachschul-, Meister-, Technikerabschluss
Abitur und Hochschulabschluss	Abitur, Hochschulreife bzw. Fachabitur und Hochschulabschluss mit und ohne Diplom
Sonstiges elterliches Bildungsniveau	Sonstige Kombinationen von Schul- und Ausbildungsabschlüssen, Fehlende Angaben zu Schul- und Ausbildungsabschlüssen

Damit ergibt sich für die beiden Geburtskohorten die in Abbildung 12 dargestellte Verteilung der höchsten Bildungsabschlüsse der Eltern.

Abb. 12: Elterliches Bildungsniveau



1960er: N=567, 1971er: N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

- ***Qualifikationsadäquanz der elterlichen Positionierung***

In empirischen Untersuchungen, die intergenerationale Mobilitätsprozesse zum Gegenstand haben, wurde darauf verwiesen, dass nicht nur das elterliche Bildungsniveau, sondern darüber hinaus auch die berufliche Positionierung der Eltern entscheidend für die Bildungs- und Erwerbsverläufe der Kinder sind (z.B. Henz 1996: 63ff., Becker 2000). Auch in den Lebensverlaufsstudien wurden unter der Annahme, dass diese zusätzlichen elterlichen Ressourcen von erheblicher Bedeutung für Entscheidungen hinsichtlich der Bildungs- und Erwerbsverläufe der Kinder – vor allem bei Selektions- und Entscheidungsprozessen im Bildungssystem, bei der Berufswahl und beim Erwerbseinstieg – sind, Angaben über die berufliche Position des Vaters für den Zeitpunkt, als das Kind 15 Jahre alt war und die berufliche Position der Mutter bis zum 16. Lebensjahr des Kindes erhoben.

Um den Einfluss dieser – neben den auf dem elterlichen Bildungsniveau beruhenden – zusätzlichen Ressourcen des Elternhauses für den Erwerbseinstiegsprozess der Kinder abbilden zu können, wird in der vorliegenden Arbeit davon ausgegangen, dass die Eltern abhängig von der Qualifikationsadäquanz ihrer beruflichen Positionierung spezifische Erwerbseinstiegsenerwartungen an ihre Kinder stellen, die durch ihre eigenen Erfahrungen geprägt wurden. So ist davon auszugehen, dass Eltern, die in höheren Positionen beschäftigt sind als es ihr Ausbildungsniveau gestatten würde (unterqualifizierte Beschäftigung), diese Position auch für ihre Kinder anstreben, indem sie entweder eine dementsprechende Ausbildung gewähren bzw. fordern (Sozialisationsaspekt) oder ihre – im Vergleich zur gleichen Qualifikationsgruppe bessere – Ressourcenausstattung zur Vorteilsnahme nutzen (Netzwerkaspekt).¹⁵⁸

Unter Rückgriff auf das in Tabelle 3 entwickelte Schema werden durch den Vergleich von beruflicher Stellung und Ausbildungsabschluss der Eltern entsprechende Kategorien der Qualifikationsadäquanz der elterlichen Positionierung gebildet.¹⁵⁹ In diesem Zusammenhang taucht erneut das Problem auf, dass die Qualifikationsadäquanz der elterlichen Positionierung¹⁶⁰ festgelegt werden muss, obwohl sie bei den einzelnen Haushaltsmitgliedern äußerst verschieden sein kann. Vor allem weil nicht eindeutig ist, ob es einen Unterschied macht, ob Mutter und Vater oder nur einer von beiden die jeweilige Kategorie einnimmt, wird in der vorliegenden Arbeit folgende Differenzierung vorgenommen (vgl. Tab. 7).

¹⁵⁸ Pollack hebt z.B. die besondere Bedeutung informeller Beziehungen in der DDR hervor (vgl. Pollack 1992: 57ff.).

¹⁵⁹ Weil die Bildungs- und Erwerbsverläufe der Eltern nicht in ihrer Gesamtheit erhoben wurden, kann der Prozess der Ressourcentransformation beim Erwerbseinstieg nicht als paralleler Prozess zu den Bildungs- und Erwerbsverläufen ihrer Kinder modelliert werden.

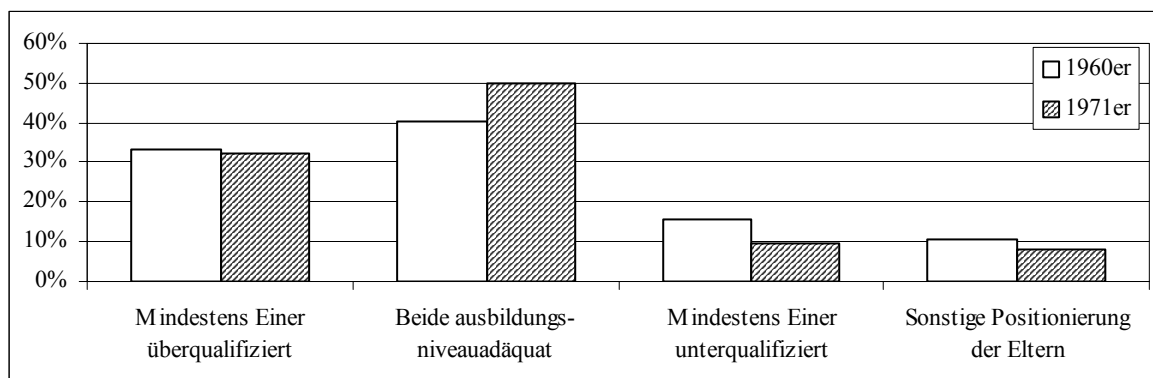
¹⁶⁰ Im Folgenden wird diese Umschreibung verwendet, um die qualifikationsadäquate Positionierung der Eltern kurz zu bezeichnen.

Tab. 7: Kategorien der Qualifikationsadäquanz der elterlichen Positionierung

Mindestens Einer überqualifiziert	Mutter oder Vater sind auf niedrigerer beruflicher Position eingesetzt als es ihr Ausbildungsniveau erlauben würde.
Beide ausbildungsniveauadäquat	Mutter und Vater sind entsprechend ihres Ausbildungsniveaus eingesetzt.
Mindestens Einer unterqualifiziert	Mutter oder Vater sind auf höherer beruflicher Position eingesetzt als es ihr Ausbildungsniveau erlauben würde.
Sonstige Positionierung der Eltern	Bei Mutter und Vater sind Ausbildungsniveau und berufliche Stellung nicht kompatibel oder bei Mutter und Vater fehlen Angaben zu Ausbildungsniveau bzw. beruflicher Position.

Abbildung 13 macht deutlich, dass in beiden Geburtskohorten Mutter und Vater am häufigsten ausbildungsniveauadäquat eingesetzt und die Eltern der 1971er Geburtskohorte gegenüber den Eltern der 1960 Geborenen seltener unterqualifiziert eingesetzt waren.

Abb. 13: Qualifikationsadäquanz der elterlichen Positionierung



1960er: N=567, 1971er: N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

- **Veränderung der beruflichen Positionierung der Eltern**

Vor allem im Zusammenhang mit den – im Zuge der ostdeutschen Transformationsprozesse zu erwartenden – gravierenden Veränderungen der beruflichen Position der Eltern wird in der vorliegenden Arbeit darüber hinaus auch analysiert, ob eine veränderte berufliche Positionierung der Eltern Auswirkungen auf den Erwerbseinstiegsprozess der Kinder hat. Das ist möglich, weil bei der Erhebung der Herkunftsfamilie in beiden Teilstudien auch verschiedene Angaben bezüglich der zum Interviewzeitpunkt ausgeübten Tätigkeit erhoben wurden.

Allerdings sind die entsprechenden Angaben der LV-DDR nicht für die empirische Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses der 1960er Geburtskohorte verwendbar, da sie sich auf den Interviewzeitpunkt 1991/92 beziehen, die 1960 Geborenen ihren Erwerbseinstieg jedoch

schon vor 1989 bewältigt hatten. Die zwischen dem 15. Lebensjahr der Befragten und dem Interviewzeitpunkt zu beobachtenden Veränderungen in der beruflichen Positionierung der Eltern können damit sowohl vor als auch erst nach 1989 erfolgt sein. Da jedoch davon auszugehen ist, dass der größte Teil der Veränderungen in der beruflichen Positionierung erst nach 1989 stattfand, ist – ohne weitreichende allgemeine Annahmen über die Determinanten der elterlichen Erwerbchancen nach 1989 – nicht zu entscheiden, ob diese beobachteten Veränderungen einen Einfluss auf den Erwerbseinstiegsprozess ihrer Kinder haben konnten. Auf die empirische Analyse der Bedeutung von veränderten beruflichen Positionierungen auf den Erwerbseinstiegsprozess in der DDR muss demnach verzichtet werden.

Dagegen wurden bei den Lebensverlaufserhebungen der 1971er Geburtskohorte auch Angaben zur beruflichen Position der Eltern im Dezember 1989 erhoben, so dass die Bedeutung der sich – im Zuge der wirtschaftsstrukturellen Veränderungen im ostdeutschen Transformationsprozess – verändernden sozialen Herkunftsbedingungen für den Erwerbseinstiegsprozess analysierbar ist.¹⁶¹ Bei der Operationalisierung der Veränderungen der beruflichen Positionierung der Eltern wird in der vorliegenden Arbeit vor allem auf die Risiken, die mit der Erwerbstätigkeit verbunden sind, Bezug genommen. Im Folgenden wird unterschieden, ob Mutter und/ oder Vater arbeitslos waren oder ob sie im Vergleich zu ihrer Tätigkeit im Dezember 1989 einen beruflichen Abstieg, Aufstieg oder keine Veränderung der beruflichen Positionierung bewältigen mussten (vgl. Tab. 8).

Tab. 8: Kategorien der Veränderung der beruflichen Position der Eltern

Mindestens Einer arbeitslos	Mutter und/ oder Vater sind zum Interviewzeitpunkt arbeitslos.
Mindestens Einer Abstieg	Mutter und/ oder Vater wechseln vom Facharbeiter (Dezember 1989) zum Un- und Angelernten (Interviewzeitpunkt) bzw. vom hochqualifizierten Angestellten (Dezember 1989) zum Facharbeiter oder Un- und Angelernten (Interviewzeitpunkt).
Beide unveränderte Position	Mutter und Vater können ihre berufliche Position behaupten.
Mindestens Einer Aufstieg	Mutter und/ oder Vater wechseln vom Un- und Angelernten (Dezember 1989) zum Facharbeiter oder hochqualifizierten Angestellten (Interviewzeitpunkt) bzw. vom Facharbeiter (Dezember 1989) zum hochqualifizierten Angestellten (Interviewzeitpunkt).
Sonstige Veränderung der Positionierung	Mutter (bzw. Vater) steigt beruflich ab und Vater (bzw. Mutter) steigt berufliche auf. ¹⁶² Mutter und Vater wechseln von bzw. zur beruflichen Position Landwirte, Akademisch freie Berufe, Selbstständige, Mithelfende Familienangehörige, Heimarbeiter bzw. bei Mutter und Vater fehlen Angaben zur beruflichen Position.

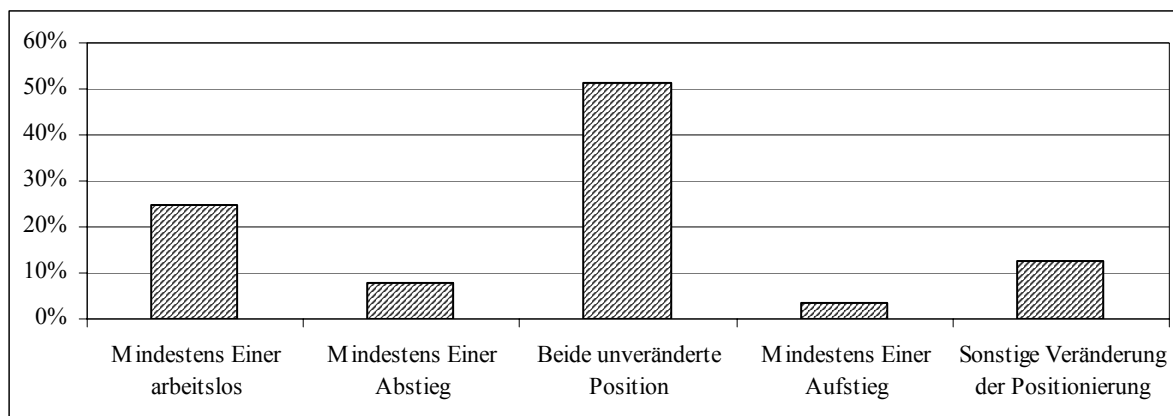
¹⁶¹ Die Erwartungen der Eltern an den Erwerbseinstieg ihrer Kinder werden sowohl durch die in der DDR geprägten Haltungen als auch durch die mit der Einführung marktwirtschaftlicher Verhältnisse verbundenen erwerbsbiographischen Hoffnungen sowie erlebten Verunsicherungen bestimmt (vgl. Vogel 2000: 223).

¹⁶² In der 1971er Geburtskohorte sind es 15 Fälle, bei denen die Mutter einen Aufstieg und der Vater einen Abstieg bewältigen musste. Dabei erlebten in 9 Fällen die Mütter die Abstiege und die Väter die Aufstiege sowie in 6 Fällen die Väter die Abstiege und die Mütter die Aufstiege.

Dabei werden die Fälle, in denen nur der Vater (bzw. die Mutter) beruflich abgestiegen ist und die Mutter (bzw. der Vater) eine sonstige Veränderung in der beruflichen Positionierung erlebt hat, bei der Kategorie „Mindestens Einer Abstieg“ subsummiert. Wenn die Mutter (bzw. der Vater) eine sonstige Veränderung in der beruflichen Positionierung erlebt hat und nur der Vater (bzw. die Mutter) seine (bzw. ihre) berufliche Position halten konnte, werden sie der Kategorie „Beide unveränderte Position“ zugeordnet. Sobald aber Mutter oder Vater beruflich ab- bzw. aufgestiegen sind, werden sie zur Kategorie „Mindestens Einer Abstieg“ bzw. „Mindestens Einer Aufstieg“ zugeordnet. Hat die Mutter (bzw. der Vater) eine sonstige Veränderung in der beruflichen Positionierung – außer einem beruflichen Abstieg – erlebt und nur der Vater (bzw. die Mutter) ist beruflich aufgestiegen, werden sie zur Kategorie „Mindestens Einer Aufstieg“ hinzugezählt

Wie Abbildung 14 zeigt, gab es nur wenige elterliche Haushalte, in denen Mutter und/ oder Vater einen beruflichen Aufstieg realisieren konnten. Auch der Anteil der elterlichen Haushalte, in denen einer der Eltern einen beruflichen Abstieg zu bewältigen hatten, war in beiden analysierten Geburtskohorten sehr gering. Beim größten Teil der elterlichen Haushalte blieb die berufliche Position beider Eltern unverändert bzw. waren Mutter und/ oder Vater arbeitslos geworden (vgl. Abb. 14).

Abb. 14: Veränderung der beruflichen Position der Eltern in der 1971er Geburtskohorte



1960er: N=567, 1971er: N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

Allerdings muss an dieser Stelle darauf verwiesen werden, dass diese Konstruktion auf einem Vergleich zweier Querschnittssituationen basiert. Es ist zu vermuten, dass z.B. ein weitaus größerer Anteil der Jugendlichen mit Arbeitslosigkeit im elterlichen Haushalt während des Erwerbseinstiegsprozesses konfrontiert gewesen war als hier erfasst und abgebildet werden kann. Dem Umstand, dass mit diesem Indikator nicht alle

Veränderungen in der beruflichen Positionierung der Eltern erfasst werden, muss in der vorliegenden Arbeit interpretativ begegnet werden.

5.3.5. Familienstand und Kinder

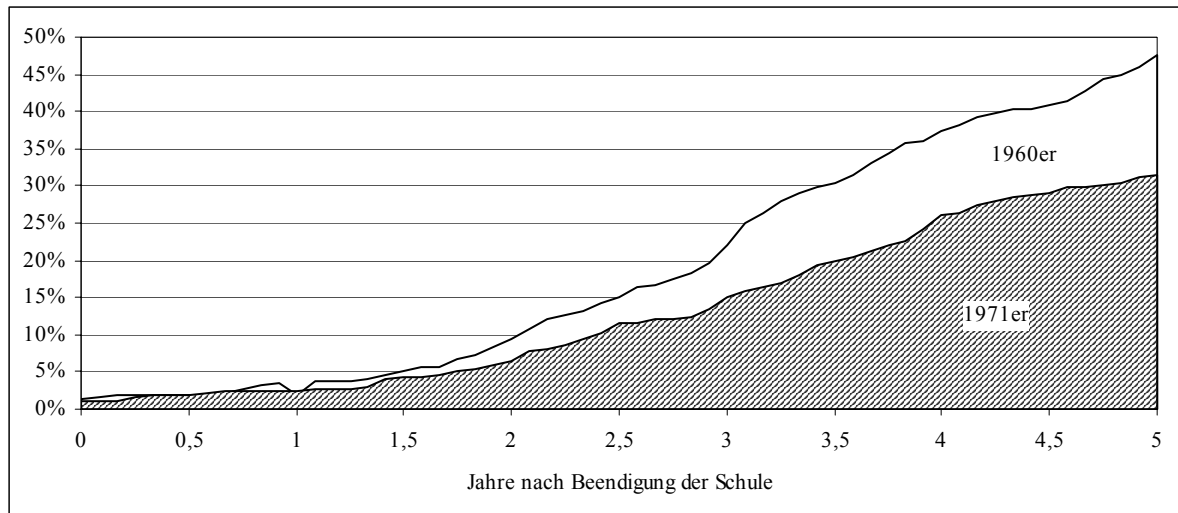
Die verwendeten Lebensverlaufsstudien bieten die Möglichkeit, verschiedene familienbezogene Merkmale der Jugendlichen in die empirische Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses einzubeziehen. Bekanntlich hat sich jedoch das Heiratsverhalten nach 1989 in Ostdeutschland beträchtlich verändert (vgl. Schulze 1996: 198), so dass der Familienstand als aussagekräftige vergleichbare Variable dafür nicht in Frage kommt. Verwendet man dagegen alle Partnerschaften wird die Rolle relativ kurzfristiger Partnerbeziehungen überbewertet. Demgegenüber stellt der Zusammenzug mit einem Partner ein entscheidendes, vor und nach 1989 relativ ähnliches Stabilitätskriterium für eine Partnerschaft dar. Deshalb wird in der vorliegenden Arbeit partnerschaftliches Zusammenleben für die Abbildung familienrelevanter Aspekte verwendet. Da dieses Merkmal zeitveränderlich ist, kann es zu verschiedenen Zeitpunkten jeweils unterschiedliche Ausprägungen haben. Mit den Lebensverlaufsdaten ist es möglich, für jeden beliebigen Ereigniszeitpunkt und für jede Prozesszeit festzustellen, ob die Person mit einem Partner zusammenlebte oder nicht. Diese Abfrage wird in der vorliegenden Arbeit in einer verweildauerbezogenen Dummy-Variable repräsentiert (vgl. Tab. 9).

Tab. 9: Kategorien des partnerschaftlichen Haushaltes

Kein partnerschaftlicher Haushalt	Zum jeweiligen Ereignis-Zeitpunkt nicht mit einem Partner in einem Haushalt zusammenlebend
Partnerschaftlicher Haushalt	Zum jeweiligen Ereignis-Zeitpunkt mit einem Partner in einem Haushalt zusammenlebend

Um einen deskriptiven Vergleich zwischen den beiden betrachteten Geburtskohorten vornehmen zu können, werden in Abbildung 15 die monatlichen Anteile der partnerschaftlichen Haushalte ab dem Zeitpunkt der Beendigung der Schule gezeigt. Dafür wird für jede Person der Zeitraum des Zusammenlebens vom Zeitpunkt des Zusammenzugs mit dem Partner bis zum Ende der Partnerschaft bzw. bis zum Interviewzeitpunkt (wenn die Partnerschaft andauerte) zugrundegelegt (vgl. Abb. 15).

Abb. 15: Partnerschaftlicher Haushalt seit Beendigung der Schule



1960er: N=567, 1971er: N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

Das Ergebnis, dass die 1960 Geborenen häufiger früher als die 1971 Geborenen mit einem Partner zusammengezogen sind, ist eindeutig. Dieser Befund ist äußerst interessant, weil er Hinweise auf massive Veränderungen des Partnerschaftsverhaltens während des ostdeutschen Transformationsprozesses belegt. In der vorliegenden Arbeit wird diese Veränderung zwar nicht eingehender analysiert, jedoch wird geprüft, ob und welchen Einfluss die Existenz eines partnerschaftlichen Haushalts auf den Erwerbseinstiegsprozess hatte. So können Aussagen darüber getroffen werden, wie sich die Bedeutung von partnerschaftlichem Zusammenleben für die Erwerbseinstiegschancen im ostdeutschen Transformationsprozess veränderte.

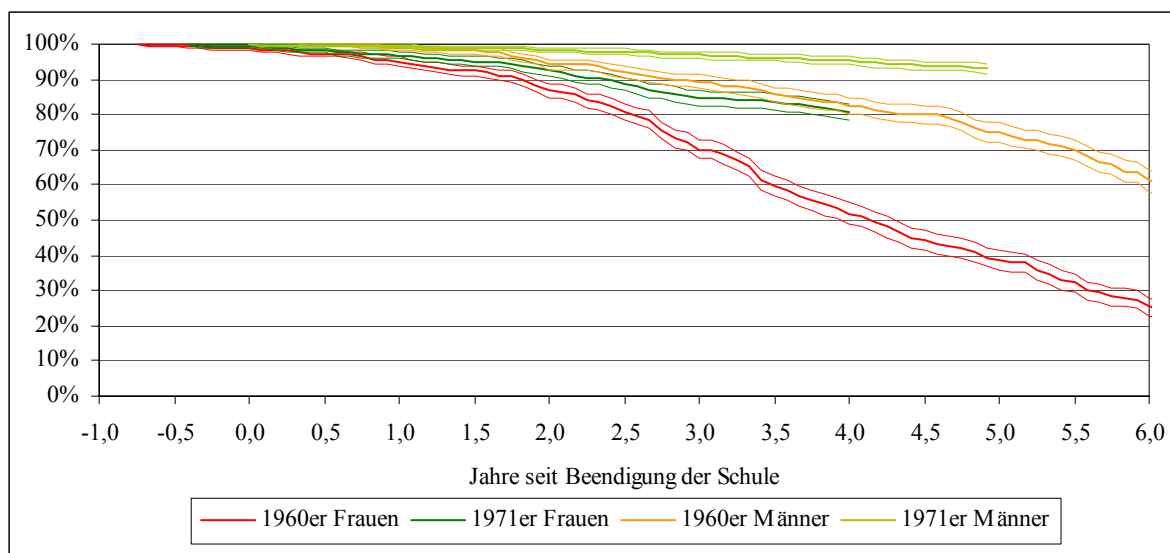
Für die Beantwortung der Frage, welchen Einfluss das Vorhandensein von eigenen Kindern auf den Erwerbseinstiegsprozess hatte, wird ebenfalls eine verweildauerbezogene Dummy-Variable gebildet. Hier werden die Angaben zu den eigenen Kindern verwendet und danach gefragt, ob die betreffende Person zum jeweiligen Ereigniszeitpunkt ein Kind hatte. Weil aber auch die Schwangerschaft schon – in Erwartung der Geburt eines Kindes – einen Effekt auf den Erwerbseinstiegsprozess haben kann, wird darüber hinaus auch dann das Vorhandensein eines Kindes berechnet, wenn ein leibliches Kind 9 Monate nach dem jeweiligen Ereigniszeitpunkt geboren ist (vgl. Tab. 10).

Tab. 10: Kinder-Kategorien

Keine Kinder	Zum jeweiligen Ereignis-Zeitpunkt und nach weiteren 9 Monaten keine eigenen Kinder
Kinder	Zum jeweiligen Ereignis-Zeitpunkt und nach weiteren 9 Monaten eigene Kinder

Für die folgende Abbildung werden Survivorfunktionen für die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person eigene Kinder hat oder erwartet, nach Geschlecht und Geburtskohortenzugehörigkeit unterschieden.¹⁶³ Sowohl die Frauen als auch die Männer der 1971er Geburtskohorte hatten bzw. erwarteten das erste Kind signifikant später als die 1960 Geborenen (vgl. Abb. 16).¹⁶⁴

Abb. 16: Kinder seit Beendigung der Schule



Survivorfunktion (Produkt-Limit-Schätzung) mit 95 Prozent Konfidenzintervall

1960er: N=567, 1971er: N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

Dieser Befund einer massiven Verschiebung der Geburt von Kindern auf einen späteren Zeitpunkt im Leben ist angesichts des vielfach belegten, deutlichen Geburtenrückgangs in Ostdeutschland nach 1989 nicht überraschend. Jedoch ist nach wie vor umstritten, ob dies als Anpassung an die westdeutschen Verhaltensmuster (vgl. Lechner 1998: 31) oder als temporäre Verschiebung aufgrund hoher ökonomischer Unsicherheiten während der wirtschaftsstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschenland zu interpretieren ist (vgl. z.B. Menning 1995, Sackmann 2000). Auf diese Frage kann in der vorliegenden Arbeit nicht ausführlich Bezug genommen werden. Allerdings lassen die Analysen der vorliegenden Arbeit Rückschlüsse darauf zu, welche Rolle die massiven Veränderungen der Vereinbarkeit von Erwerb und Familie während der ostdeutschen Transformation bei erwerbseinstiegsrelevanten Entscheidungen spielte.

¹⁶³ Dabei wird auf die Darstellung der Survivorfunktionen nach dem ersten rechtszensierten Fall verzichtet. Statistisch signifikant sind die Unterschiede dann, wenn sich die Konfidenzbänder der beiden Survivorfunktionen nicht mehr überschneiden.

¹⁶⁴ Die Teststatistik weist sowohl für den Log-Rank, den Breslow als auch den Tarone-Ware hoch signifikante Resultate (0,00) aus.

5.3.6. Die Operationalisierung von Arbeitsmarktmerkmalen

Die Operationalisierung von, die strukturellen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes abbildenden Variablen stellt sich insofern als problematisch dar, als dass es eine Reihe methodologischer Argumente gibt, die gegen den Einsatz externer Daten (z.B. aus bevölkerungsstatistischen Erhebungen) für die empirische Analyse individueller Bildungs- und Erwerbsverläufe sprechen. Neben Schwierigkeiten, die sich vor allem auf Fragen der zeitlichen (time-lag) und räumlichen Zurechenbarkeit identifizierter Effekte beziehen, ist dabei in der Regel auch der unterstellte Wirkmechanismus diffus. In der vorliegenden Arbeit wird deshalb darauf verzichtet, externe Daten in die empirische Analyse einfließen zu lassen. Stattdessen wird den unterschiedlichen Bildungs- und Erwerbchancen in verschiedenen strukturellen Kontexten durch die Operationalisierung von Merkmalen wie Berufsfeld des Ausbildungsberufs oder der beruflichen Tätigkeit, Wohnregion und Gemeindegröße Rechnung getragen.

- **Berufsfeld**

Ein besonderes Anliegen der vorliegenden Arbeit ist die Entwicklung eines Maßes für die Abbildung berufsstruktureller Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Veränderung der Berufsstruktur im Zeitverlauf ist – nicht nur in Bezug auf die Transformation in Ostdeutschland – eine der zentralen sozialwissenschaftlichen Forschungsfragen. In berufsfachlich organisierten Beschäftigungssystemen bemisst sich der Wert einer beruflichen Ausbildung vor allem an ihrer Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt und ist insofern maßgeblich davon abhängig, wie sich dessen Berufsstruktur verändert. Aufgrund der radikalen berufsstrukturellen Wandlungsprozesse im ostdeutschen Beschäftigungssystem im Zuge der Transformation wird dieser Zusammenhang für die Jugendlichen beim Übergang von der Schule in ein berufliches Betätigungsfeld besonders wichtig.

Die Analyse berufsstruktureller Entwicklungen ist mit verschiedenen Schwierigkeiten behaftet. Einerseits erscheint es angesichts des ungleichen Verhältnisses zwischen der üblicherweise in sozialwissenschaftlichen Analysen realisierten Stichprobengröße und der Vielzahl von Berufen äußerst schwierig, statistisch sinnvolle Aussagen zu treffen. Die in diesem Zusammenhang häufig verwendete Berufsklassifikation der Bundesanstalt für Arbeit beinhaltet 328 Berufsordnungen (Dreisteller) und 86 Berufsgruppen (Zweisteller). Dem stehen in der 1971er Geburtskohorte die Ausbildungs- und Erwerbsverläufe von 610 Personen (insgesamt 996 Ausbildungs- und 1397 Erwerbsepisoden) gegenüber. Das heißt, auf die Berufsgruppen (Zweisteller) würden bei gleichmäßiger Verteilung durchschnittlich 12 Ausbildungs- bzw. 16 Erwerbsepisoden entfallen. Wenn jede Person nur eine Ausbildungs- bzw. Erwerbsepisode hätte, wären es jeweils 7 Personen pro Berufsgruppe. Aus diesem Grund ist es notwendig, diese Berufe zu einer geringeren Anzahl von

Berufsfeldern zusammenzufassen. Allerdings sind Zusammenfassungen von Berufen, wenn sie in sozialwissenschaftlichen Analysen vorgenommen werden, in der Regel schlecht dokumentiert und damit kaum nachzuvollziehen bzw. teilweise sehr unübersichtlich, so dass kaum sinnvolle Vergleiche mit anderen Statistiken möglich sind.

Ausgehend von den im Datensatz der Lebensverlaufsstudie Ost, Geburtskohorte 1971, vorhandenen Ausbildungs- und Erwerbstätigkeits-BA-Codes wird deshalb eine Neudefinition von Berufsfeldern vorgenommen.¹⁶⁵ In Anlehnung an die Gruppierung der Berufe von Lutz/ Grünert (1999: 106 ff.) werden zunächst für die im Datensatz vorhandenen BA-Codes relevante Berufsfelder definiert.¹⁶⁶ Die Zusammenfassung verschiedener Berufe zu einem Berufsfeld ist damit natürlich nicht mehr so differenziert wie bei der Klassifikation der Berufe der Bundesanstalt für Arbeit. Die Kategorisierung erfolgt jedoch nicht nur berufssystematisch bzw. berufsinhaltlich, sondern zusätzlich unter dem Gesichtspunkt der Zugehörigkeit zu Wirtschaftszweigen.¹⁶⁷ Eine Kombination dieser Merkmale ergibt 43 Berufsgruppen (Dreisteller), die wiederum in 15 Berufsfeldern (Zweisteller) zusammengefasst werden (vgl. Tab. 11).¹⁶⁸

Durch die berufsstrukturellen Veränderungen im ostdeutschen Transformationsprozess waren berufliche Umorientierungen insbesondere bei den Jugendlichen keine Seltenheit. Deshalb ist auch zu erwarten, dass nach erfolgreichem Abschluss einer Erstausbildung häufig eine weitere berufliche Ausbildung absolviert wurde, d.h. es kann ein Ausbildungszertifikat in einem zweiten (oder auch dritten, usw.) Berufsfeld vorliegen. Das Berufsfeld muss demnach zeitbezogen modelliert werden. Dennoch muss von einer erwerbseinstiegsprägenden Bedeutung des Erstausbildungszertifikats ausgegangen werden, so dass in Abbildung 17 das Berufsfeld der ersten begonnen beruflichen Ausbildung differenziert nach der Geburtskohortenzugehörigkeit dargestellt wird. Obwohl der Anteil der Industrierberufe in der 1971er gegenüber der 1960er Geburtskohorte sinkt, beginnt die größte Gruppe der 1971 Geborenen eine erste berufliche Ausbildung in einem Industrierberuf (vgl. Abb. 17).

¹⁶⁵ Die Klassifikation der Berufsfelder wurde in Zusammenarbeit mit Beate Lichtwardt entwickelt (vgl. auch Lichtwardt 2001: 71).

¹⁶⁶ Insofern stellt diese Definition von Berufsfeldern keine vollständige Übertragung aller BA-Codes in entsprechende Berufsfelder dar.

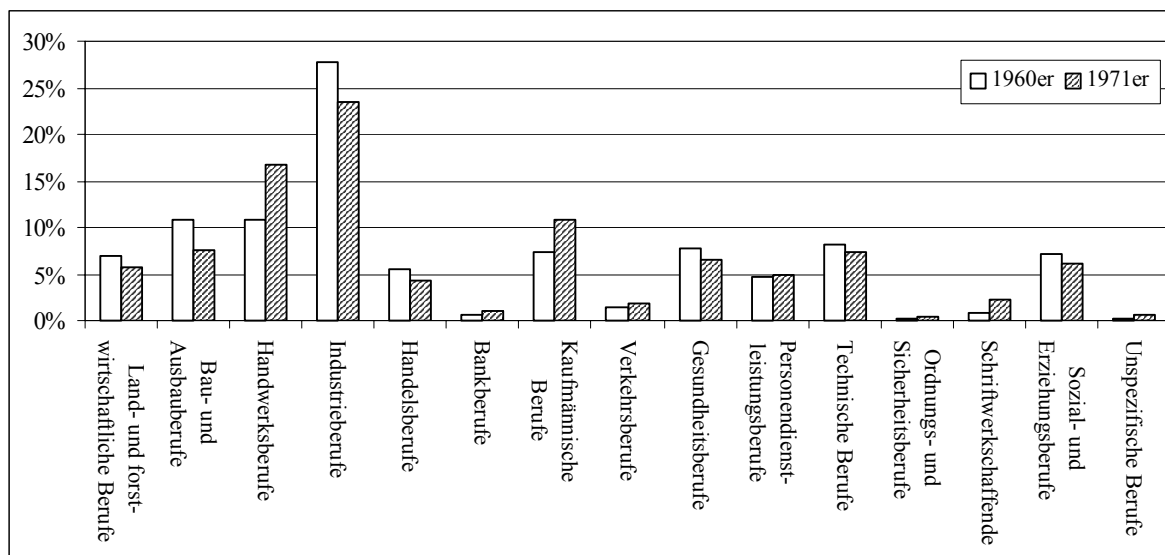
¹⁶⁷ Die Zuordnung zu den Berufsfeldern war zunächst nicht für jeden Fall zweifelsfrei möglich. So ist z.B. unklar, ob Textilverarbeiter (BA-Code 35) eher im handwerklichen oder industriellen Bereich angesiedelt sind. Innerhalb der Berufsordnung der Textilverarbeiter gibt es 7 verschiedenen Berufsgruppen, die teilweise dem handwerklichen und teilweise dem industriellen Bereich zuzuordnen sind. Wir sind davon ausgegangen, dass im handwerklichen Bereich in der Regel nur Damen- und Herrenschneider tätig sind. Die Mehrzahl der beruflichen Spezialisierungen im Bereich der Textilverarbeiter wie z.B. Oberbekleidungsnäher sind dagegen hauptsächlich im industriellen Bereich vertreten, so dass wir nur die Berufsgruppe „Schneider“ (BA-Code 351) dem sonstigen Handwerk und alle anderen Berufsgruppen des Textilverarbeiters (BA-Codes 352, 353, 356) der Industrie zugeordnet haben.

¹⁶⁸ In Anhang 4 ist die Klassifikation der Berufsfelder (Matthes/ Lichtwardt) auf Basis der Berufsklassifikation der Bundesanstalt für Arbeit (1988) ausführlich dokumentiert.

Tab. 11: Berufsfeld-Kategorien

Land- und forstwirtschaftliche Berufe	z.B. Landwirte, Tierzüchter/ Fischereiberufe, Gartenbauer, Forst- und Jagdberufe
Bau-/ Ausbauberufe	z.B. Maurer, Gerüstbauer, Straßen-/ Tiefbauer, Bauschlosser, Zimmerer, Dachdecker, Fliesenleger
Handwerksberufe	z.B. Tischler, Elektroinstallateure, Kraftfahrzeuginstandsetzer, Backwarenhersteller, Steinbearbeiter, Musikinstrumentenbauer
Industrieberufe	z.B. Walzer, Chemiarbeiter, Feinmechaniker, Textilberufe, Schuhwarenhersteller, Energiemaschinisten, Industriemeister
Handelsberufe	Warenprüfer/ Versandfertigmacher, Warenkaufleute, Makler/ Grundstücksverwalter, Vermieter/ Vermittler/ Versteigerer
Bankberufe	Bank-/ Versicherungskaufleute
Kaufmännische Berufe	z.B. Unternehmer/ Organisatoren/ Wirtschaftsprüfer, Bürofachkräfte, Diplomkaufleute/ Diplombetriebswirte
Verkehrsberufe	Berufe des Land-, Wasser-, Luft- und Nachrichtenverkehrs
Gesundheitsberufe	Zahntechniker, Augenoptiker, Ärzte/ Apotheker
Personendienstleistungsberufe	Köche, Gästebetreuer Hauswirtschaftliche Berufe, Reinigungsberufe, Körperpfleger
Technische Berufe	Technische Sonderfachkräfte, Vermessungstechniker, Ingenieure, Chemiker/ Physiker/ Mathematiker
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	Sicherheitswahrer, Rechtsvollstrecker, Rechtsvertreter/ -berater
Schriftwerkschaffende	Schriftwerkschaffende und künstlerische Berufe, Dolmetscher/ Bibliothekare, Künstler, Geisteswissenschaftliche Berufe
Sozial- und Erziehungsberufe	Sozialpflegerische Berufe, Lehrer
Unspezifische Berufe	Lagerverwalter/ Lager-/ Transportarbeiter, Wachberufe

Abb. 17: Berufsfeld der ersten begonnenen beruflichen Ausbildung



1960er: N=567, 1971er: N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

- **Gemeindegröße, Wohnregion und regionale Mobilität**

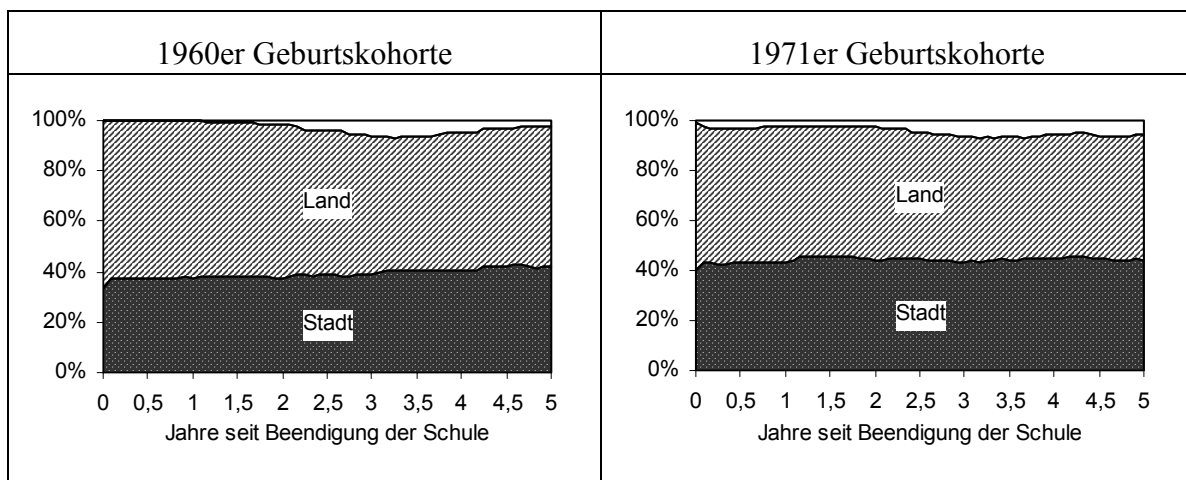
Entscheidungen in Bezug auf die Bildungs- und Erwerbsverläufe sind in starkem Maße abhängig von den alternativen Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten, vor allem von der regionalen Wirtschaftsentwicklung. In einer wirtschaftlich prosperierenden Region sowie in größeren Gemeinden sollten sich sowohl das weitgefächerte Arbeitsplatzangebot als auch bessere Bildungsmöglichkeiten positiv auf die Erwerbseinstiegsprozesse auswirken (vgl. Troltsch 1994). In der vorliegenden Arbeit erfolgt die Operationalisierung der *Gemeindegröße* anhand der durch die befragten Personen angegebenen Wohnortgröße (vgl. Tab. 12).

Tab. 12: Gemeindegrößen-Kategorien

Land	Einzelgehöft/ Weiler, Dorf, Kleinstadt mit unter 30.000 Einwohnern
Stadt	Stadt ab 30.000 Einwohnern
Sonstige Gemeindegröße	Fehlende Angaben, Wechselnde Wohnorte

Da diese Variable zeitveränderlich ist, nimmt sie für jeden beliebigen Ereigniszeitpunkt in Bezug auf jede Prozesszeit einen spezifischen Wert an. Im Folgenden werden die monatlichen prozentualen Anteile der Gemeindegröße des Wohnortes seit Beendigung der Schule differenziert nach der Geburtskohortenzugehörigkeit dargestellt. In der 1971er Geburtskohorte sind die städtischen Gemeinden gegenüber den ländlichen Gemeinden etwas überrepräsentiert, jedoch nimmt der Anteil der in Städten wohnenden Personen in beiden Geburtskohorten um etwa den gleichen Prozentsatz zu (vgl. Abb. 18).

Abb. 18: Gemeindegröße seit Beendigung der Schule



N=567

N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

Die Operationalisierung der *Wohnregion* wird unter Verwendung der Zugehörigkeit des Wohnortes zu einem bestimmten Bundesland vorgenommen. Angesichts der in der DDR vorhandenen unterschiedlichen regionalen Verteilung der Arbeitskräfte¹⁶⁹ und Produktion resultieren aus den planwirtschaftlich bedingten Monostrukturen regionalspezifische wirtschaftsstrukturelle Probleme im ostdeutschen Transformationsprozess (vgl. Koller/Jung-Hammon 1993). Es bietet sich für Ostdeutschland an, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und die anderen ostdeutschen Bundesländer (Brandenburg, Sachsen/Anhalt, Thüringen) zu unterscheiden.¹⁷⁰ Den 1971 Geborenen war es darüber hinaus möglich, in westdeutschen Bundesländern zu wohnen (vgl. Tab. 13).

Tab. 13: Wohnregion-Kategorien

Berlin	Berlin
Mecklenburg	Mecklenburg-Vorpommern, Bezirke Neubrandenburg, Rostock, Schwerin
Sachsen	Sachsen, Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Leipzig
Andere ostdeutsche Bundesländer	Brandenburg, Sachsen/Anhalt, Thüringen, Bezirke Cottbus, Erfurt, Frankfurt/Oder, Gera, Halle, Magdeburg, Potsdam, Suhl
Westdeutsche Bundesländer	Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein
Sonstige Wohnregionen	Ausland, Fehlende Angaben zum Wohnort

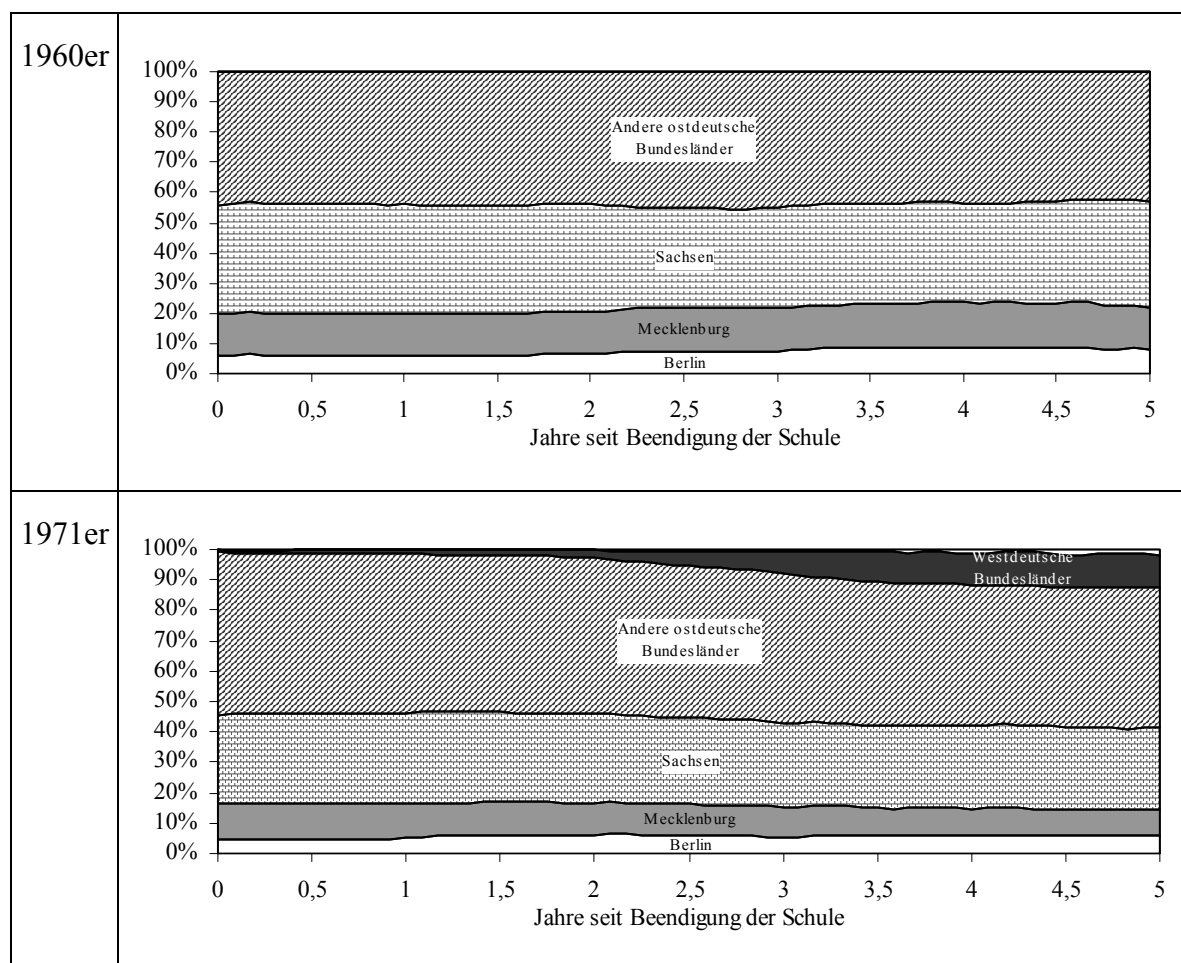
Die Jugendlichen können regional mobil sein, so dass auch dieses Merkmal zeitveränderlich ist, d.h. an den verschiedenen Selektions- und Entscheidungsstufen beim Erwerbseinstiegsprozess jeweils unterschiedliche Ausprägungen möglich sind. Beim Vergleich der monatlichen prozentualen Anteile der nach Geburtskohorten getrennt abgebildeten Wohnregionen wird deutlich, dass sich in der 1960er Geburtskohorte nur wenig verändert hat. Eine geringe Anteilzunahme hat Berlin zu verzeichnen, die auf Kosten der anderen ostdeutschen Bundesländer geht. Dagegen wird in der 1971er Geburtskohorte regionale Mobilität in Form einer deutlichen Zunahme der in westdeutschen Bundesländern lebenden Jugendlichen sichtbar. Diese Anteilzunahme geht auf Kosten aller anderen ostdeutschen Bundesländer mit Ausnahme von Ostberlin (vgl. Abb. 19).

Weil diese Grafik jedoch nur auf einer Aneinanderreihung monatlicher Querschnitte basiert, kann dieser Befund nicht als Beweis für eine geringe räumliche Mobilität in der 1960er Geburtskohorte gewertet werden, sondern bedeutet lediglich, dass sich bei den Jugendlichen der 1960er Geburtskohorte die Proportionen zwischen den Bundesländern kaum verschoben haben.

¹⁶⁹ Im Norden betrug die Einwohnerdichte unter 100, im Süden mehr als 270 Einwohner je km².

¹⁷⁰ Wie vor dem 2. Weltkrieg konzentrierte sich in Sachsen die Industrie, in Mecklenburg/Vorpommern die Landwirtschaft und Berlin hatte als Hauptstadt der DDR eine Sonderstellung.

Abb. 19: Monatliche prozentuale Verteilung der Wohnregion seit Beendigung der Schule



1960er: N=567, 1971er: N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

Und bei den 1971 Geborenen können sich hinter den sichtbaren Proportionsverschiebungen auch noch größere regionale Mobilitätsströme verstecken, die darauf zurückzuführen sind, dass Personen auch wieder nach Ostdeutschland zurückgekehrt und dafür andere nach Westdeutschland umgezogen sind. Der nach 3 ½ Jahren bei etwa 11 Prozent relativ stabil bleibende Anteil der in Westdeutschland lebenden Jugendlichen der 1971er Geburtskohorte kann also auch auf einer weitaus größeren regionalen Mobilität beruhen, als die monatliche Querschnittsperspektive sichtbar macht.

Im Zusammenhang mit den Erwerbseinstiegschancen ist es also möglicherweise weniger ausschlaggebend, in welchem regionalen Kontext sich eine Person zum jeweiligen Selektions- und Entscheidungszeitpunkt befindet, sondern ob diese Person bereit ist, einen Umzug in Kauf zu nehmen. Zu prüfen ist also, ob regionale Mobilität für unterschiedliche

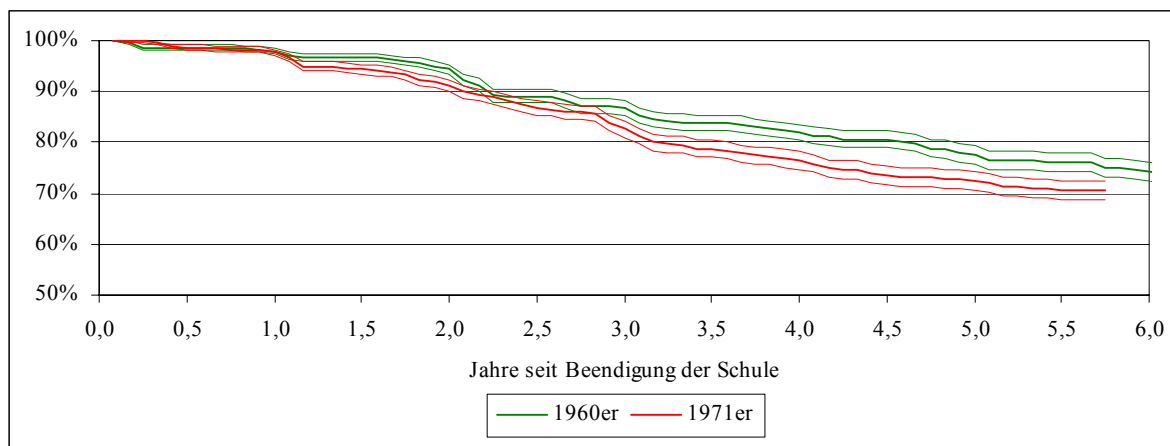
Erwerbseinstiegschancen eine Bedeutung hat.¹⁷¹ Als Immobiler werden in der vorliegenden Arbeit jene Personen bezeichnet, die nach Beendigung der Schule bis zu einem bestimmten Erwerbseinstiegsereignis nicht in ein anderes Bundesland umgezogen sind. Ost-Mobile sind diejenigen, die in diesem Zeitraum das Bundesland ausschließlich innerhalb Ostdeutschlands gewechselt haben. West-Mobile sind diejenigen, die in diesem Zeitraum mindestens einmal in Westdeutschland lebten (vgl. Tab. 14).

Tab. 14: Kategorien der regionalen Mobilität

Immobilie	Nicht in ein anderes Bundesland umgezogen
Ost-Mobile	Bundesland ausschließlich innerhalb Ostdeutschland gewechselt
West-Mobile	Mindestens einmal in ein westdeutsches Bundesland bzw. ins Ausland umgezogen

Bei dieser Variable handelt es sich auch um ein zeitveränderliches Merkmal, da es nicht unwesentlich ist, zu welchem Zeitpunkt die Jugendlichen umgezogen sind. Dabei sind die Wanderungstypen (Ost-, West- bzw. Auslands-Mobile) als konkurrierende Risiken (competing risks) zu verstehen. Da sich allerdings für die 1960er Geburtskohorte im Wesentlichen nur eine Möglichkeit regionaler Mobilität anbot – nämlich in ein anderes ostdeutsches Bundesland umzuziehen – wird bei dem folgenden Geburtskohortenvergleich nur gefragt, ob die betreffende Person bis zur jeweiligen Selektions- bzw. Entscheidungsstufe umgezogen war (vgl. Abb. 20).¹⁷²

Abb. 20: Dauer bis zur ersten regionalen Mobilität



Survivorfunktion (Produkt-Limit-Schätzung) mit 95 Prozent Konfidenzintervall

1960er: N=567, 1971er: N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

¹⁷¹ Auf der Basis von Untersuchungsergebnissen zur Bedeutung räumlicher Mobilität für den Erwerbsverlauf kann davon ausgegangen werden, dass „Fernwanderungen zwischen unterschiedlichen Regionaltypen (...) mit langfristigen Karrierevorteilen gegenüber den räumlich Immobilen einhergehen“ (Wagner 1992: 164).

¹⁷² Dabei wird auf die Darstellung der Survivorfunktionen nach dem ersten zensierten Fall verzichtet.

Entgegen dem, aufgrund der prozentualen Verteilung der Wohnregionen entstandenen Eindruck, dass die regionale Mobilität bei den 1971 gegenüber den 1960 Geborenen deutlich gestiegen ist, relativiert der nur um wenige Prozent höhere Anteil regional Mobiler in der 1971er Geburtskohorte diese Einschätzung, nur dass sich die Wanderungen der 1971 Geborenen auch auf die westdeutschen Bundesländer und das Ausland beziehen.

Auch die Geburtskohortenunterschiede hinsichtlich der Dauer seit Beendigung der Schule bis zur ersten regionalen Mobilität sind nicht so gravierend. Deutliche signifikante Differenzen ergeben sich erst 3 Jahre nach Beendigung der Schule. Scheinbar verlassen die 1971 Geborenen erst nach Abschluss der beruflichen Ausbildung häufiger das Bundesland, in dem sie ihre schulische Ausbildung beendet haben, als die 1960 Geborenen. Jedoch bleibt der Abstand zwischen den beiden Survivorfunktionen danach fast gleich groß, so dass später eine in etwa identische Mobilitätsrate festgestellt werden kann.

5.3.7. Indikatoren für die Abbildung von Erfahrungen und Motivationslagen

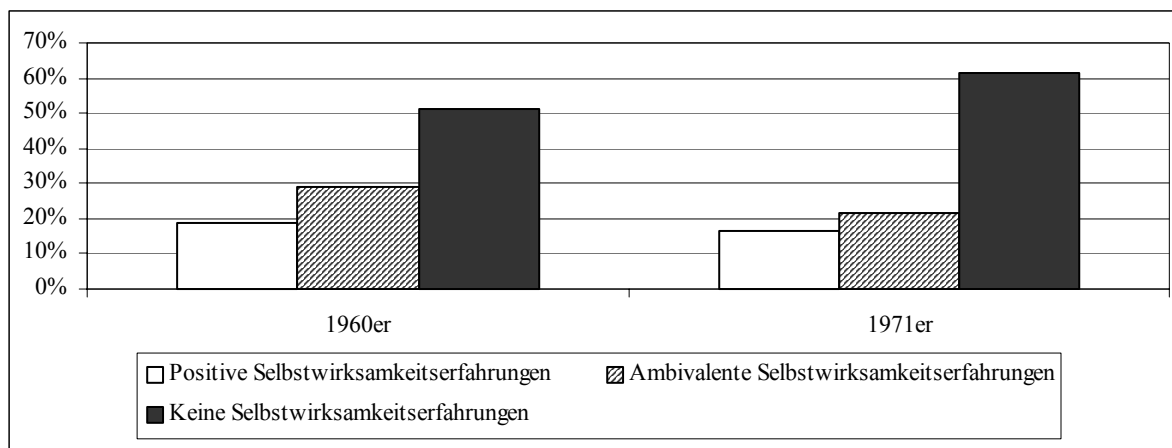
Um die Bedeutung von in der DDR erworbenen Erfahrungen und erzeugter Motivationslagen für den Erwerbseinstiegsprozess nach 1989 analysieren zu können, werden in der vorliegenden Arbeit verschiedene Angaben herangezogen, die in den beiden verwendeten Lebensverlaufstudien im Zusammenhang mit dem Berufswunsch und der beruflichen Ausbildung erhoben wurden. Durch eine Kombination der Angaben zur Verwirklichung des Berufswunsches mit den Angaben zu den Personen bzw. Aktivitäten, die für den Erhalt dieses Ausbildungsplatzes eine besondere Rolle gespielt haben, wird ein Indikator für individuelle Selbstwirksamkeitserfahrungen vor 1989 gebildet. Positive Selbstwirksamkeitserfahrungen können jenen Jugendlichen unterstellt werden, die durch persönliche Initiative ihren Berufswunsch erfüllen konnten. Ging durch persönliche Initiative der Berufswunsch nicht oder erst später in Erfüllung bzw. hatte die Person keinen Berufswunsch, ist von Ambivalenten Selbstwirksamkeitserfahrungen auszugehen. War bei der Ausbildungsplatzfindung dagegen die persönliche Initiative nicht ausschlaggebend, können keine Aussagen über Selbstwirksamkeitserfahrungen getroffen werden (vgl. Tab. 15).

Tab. 15: Kategorien der individuellen Selbstwirksamkeitserfahrungen

Positive Selbstwirksamkeitserfahrungen	Persönliche Initiative bei der Ausbildungsplatzfindung und gleich Berufswunsch verwirklicht
Ambivalente Selbstwirksamkeitserfahrungen	Persönliche Initiative bei der Ausbildungsplatzfindung und keinen Berufswunsch, Berufswunsch später oder überhaupt nicht verwirklicht
Keine Selbstwirksamkeitserfahrungen	Keinen persönliche Initiative bei der Ausbildungsplatzfindung

Allerdings gestaltet sich die Gewährleistung der Vergleichbarkeit dieser Angaben zwischen den beiden untersuchten Geburtskohorten schwierig: Bei der Erhebung der Frage nach dem Ausbildungsplatzerhalt waren in der Lebensverlaufsstudie der 1960er Geburtskohorte Antwortkategorien vorgegeben, in der 1971er Geburtskohorte wurden dagegen offene Fragen gestellt. Bei den 1960 Geborenen war im Zusammenhang mit persönlicher Initiative für den Erhalt eines Ausbildungsplatzes nur „persönliche Bewerbung“ als Antwortmöglichkeit vorgegeben. Da sich jedoch auch in der DDR alle Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz bewerben mussten, konnte eine Bejahung dieser Angabe nicht als Indikator für persönliche Anstrengungen bei der Ausbildungsplatzfindung verwendet werden. In der vorliegenden Arbeit wird deshalb davon ausgegangen, dass persönliche Initiative für den Erhalt des Ausbildungsplatzes in der 1960er Geburtskohorte dann ausschlaggebend war, wenn ausschließlich eine persönliche Bewerbung (und nicht zusätzlich eine Vermittlung durch die Lehrer/ Schule, durch die Eltern, durch andere Verwandte, durch Freunde/ Bekannte, durch den Betrieb oder Abordnung und Delegation durch den Betrieb) eine Rolle gespielt hat. Wird dieser Konstruktion die – bei der Erhebung der Lebensverläufe der 1971 in der DDR Geborenen erfragte (und später codierte) – offene Antwort „persönliche Initiative“ bei der ersten beruflichen Ausbildung gegenübergestellt und mit den Angaben zur Berufswunschverwirklichung kombiniert, ergibt sich bei den 1971 in der DDR Geborenen im Vergleich zu den 1960 Geborenen ein deutlich geringerer Anteil von Befragten, die persönliche Initiative beim Erhalt eines ersten Ausbildungsplatzes gezeigt hatten, wobei die Proportionen zwischen erfolgreicher und nicht erfolgreicher persönlicher Anstrengung annähernd gleich blieben (vgl. Abb. 21).¹⁷³

Abb. 21: Individuelle Selbstwirksamkeitserfahrungen



1960er: N=567, 1971er: N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

¹⁷³ In der 1960er Geburtskohorte waren ca. 40 Prozent der Befragten, die persönliche Initiative bei der Ausbildungsplatzfindung gezeigt hatten, erfolgreich. Dagegen lag dieser Anteil in der 1971er Geburtskohorte bei etwa 44 Prozent.

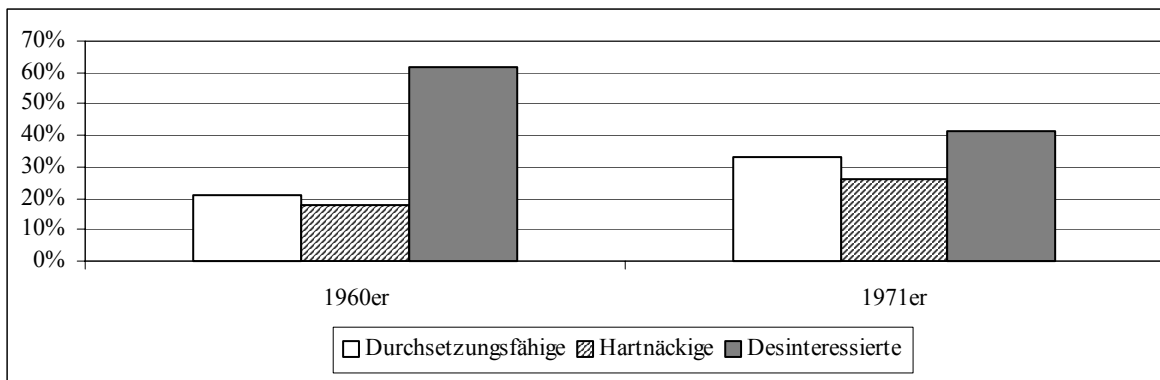
Aber nicht nur die individuellen Selbstwirksamkeitserfahrungen sind beim Erwerbseinstiegsprozess ausschlaggebend, sondern insbesondere der individuellen Motivation muss Beachtung bei der Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses geschenkt werden. Durch eine Kombination der Berufswunschverwirklichung mit den Angaben zu den Gründen, die letztlich für die Entscheidung zu einer beruflichen Ausbildung den Ausschlag gegeben hatten, ist die Bildung eines Indikators möglich, der über die individuelle Motivationslage der Jugendlichen in Bezug auf ihren Bildungs- und Erwerbsverlauf Auskunft geben kann. In der vorliegenden Arbeit wird davon ausgegangen, dass diejenigen Jugendlichen, die persönliche Gründe für die Entscheidung zu einer ersten Ausbildung angeführt haben und ihren Berufswunsch auch gleich verwirklichen konnten, besonders motiviert sind, den eingeschlagenen Bildungsweg in eine entsprechenden Erwerbseinstieg umzusetzen. Man kann diese Jugendliche als durchsetzungsfähig bezeichnen. Denjenigen Jugendlichen, bei denen – auch wenn sie nicht in der Lage waren, ihren Berufswunsch gleich zu verwirklichen oder keinen Berufswunsch hatten – persönliche Gründe für die erste berufliche Ausbildung ausschlaggebend sind, kann ein höheres Maß an Hartnäckigkeit zugeschrieben werden. Desinteressiert können jene Jugendlichen bezeichnet werden, die keine persönlichen Gründe für die erste berufliche Ausbildung angegeben haben (vgl. Tab. 16).

Tab. 16: Kategorien der Motivation

Durchsetzungsfähige	Gleich Berufswunsch verwirklicht und persönliche Gründe für die erste berufliche Ausbildung
Hartnäckige	Keinen Berufswunsch, Berufswunsch später oder überhaupt nicht verwirklicht und persönliche Gründe für die erste berufliche Ausbildung
Desinteressierte	Keine persönlichen Gründe für die erste berufliche Ausbildung

Auch bei der Frage zu den ausschlaggebenden Gründen für die erste berufliche Ausbildung waren in der 1960er Geburtskohorte Antwortkategorien vorgegeben und wurden bei der Erhebung der Lebensverläufe der 1971 Geborenen offene Fragen gestellt. Für die Konstruktion der die individuelle Motivation abbildenden Variable werden die Angaben zur Verwirklichung des Berufswunsches bei der 1960er Geburtskohorte mit der Bejahung der Antwortvorgabe „war allein meine Entscheidung“ und bei der 1971er Geburtskohorte mit der codierten offenen Antwort „persönliche/ individuelle Neigungen, Interessen, Fähigkeiten, konkrete Nennung des Berufswunsches, entsprach dem Ausbildungswunsch“ bei der ersten beruflichen Ausbildung kombiniert. Nach dieser Definition waren in der 1960er Geburtskohorte 21 Prozent durchsetzungsfähig, 18 Prozent hartnäckig und 62 Prozent desinteressiert. In der 1971er Geburtskohorte liegen die Anteile der Durchsetzungsfähigen bei 33 Prozent, der Hartnäckigen bei 26 Prozent und der Desinteressierten bei 41 Prozent (vgl. Abb. 22).

Abb. 22: Individuelle Motivation



1960er: N=567, 1971er: N=609

Quelle: Ostdeutsche LV-Studien des MPIB, eigene Berechnungen

Beim Vergleich der Abbildungen 21 und 22 fällt auf, dass bei den 1971 Geborenen trotz geringerer Eigeninitiative bei der Ausbildungsplatzfindung persönliche Gründe häufiger für die erste berufliche Ausbildung ausschlaggebend waren. Die Jugendlichen beider Geburtskohorten nahmen – abgesehen von den Abiturienten der 1971er Geburtskohorte – noch in der DDR ihre erste berufliche Ausbildung auf, so dass dieser gegensätzliche Trend höchstwahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, dass es einerseits durch die staatliche Ausbildungslenkung in der DDR zunehmend besser gelang, die Jugendlichen auf Berufe, für die ein hoher volkswirtschaftlicher Bedarf bestand, zu orientieren und andererseits Netzwerke (der Eltern, Verwandten, Bekannten) bei der Ausbildungsplatzfindung an Bedeutung gewannen.